



Heft des Handelns

Tätigkeitsbericht 2012



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

INHALT

Vorworte	3	2.2.4	Hessen	29
Organigramm	4	2.2.5	Niedersachsen	29
1 Struktur und Organisation	5	2.2.6	Nordrhein-Westfalen	30
1.1	5	2.2.7	Rheinland-Pfalz	31
1.2	5	2.2.8	Saarland	32
1.3	6	2.2.9	Sachsen	32
1.4	6	2.2.10	Thüringen	33
1.5	6	2.3 Tochtergesellschaften	34	
1.5.1	6	2.3.1	Eduard-Knoll-Wohnzentrum	34
1.5.2	6	2.3.2	BSK-Reisen GmbH	35
1.5.3	7	2.3.3	Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem. GmbH	36
1.6	7	2.4 Verbundene Gesellschaften	37	
1.7	8	2.4.1	Hohenloher Integrationsunternehmen	37
1.7.1	8	2.4.2	Elsa-Krauschitz-Stiftung	37
1.7.2	8	2.5 Experten	38	
1.8	9		Mitgliedsantrag	40
1.9	9	3 Wirtschaftlicher Bericht	41	
1.10	9	3.1	Vorbemerkung	41
1.10.1	9	3.1.1	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	41
1.10.2	9	3.2	Bilanz (Aktiva/Passiva)	42
2 Bundesverband	10	3.3	Gewinn-/Verlust-Rechnung	44
2.1	10	3.4	Vier-Sparten-Rechnung	46
2.1.1	10	3.4.1	Gewährte Zuschüsse	48
2.1.2	11	3.4.2	Erhaltene Zuschüsse	48
2.1.2.1	11	3.5	Interne Kontrollmechanismen	49
		3.6	Grundsätze für Finanzanlagen	49
		4 Ausblick für das Jahr 2013	50	
2.1.2.2	11		Impressum	51
2.1.2.3	12			
2.1.2.4	12			
2.1.3	13			
2.1.4	14			
2.1.5	15			
2.1.5.1	16			
2.1.5.2	18			
2.1.6	20			
2.1.7	21			
2.1.7.1	21			
2.1.7.2	22			
2.1.7.3	22			
2.1.8	23			
2.1.9	24			
2.2 Landesverbände/Landesvertretungen	27			
2.2.1	27			
2.2.2	28			
2.2.3	28			

 **TransparenzPREIS 2012**

Der BSK hat an der Ausschreibung „Transparenzpreis 2012“ von PwC teilgenommen.

Vorwort des Bundesvorsitzenden

Liebe Leserin, lieber Leser,
Dialog schafft Vertrauen. Unseren Spendern, Förderern und ehrenamtlichen Helfern gegenüber sehen wir es als unsere Aufgabe an, einen Nachweis über die Arbeit für Menschen mit Körperbehinderung zu bringen. Dazu dient der vorliegende Tätigkeitsbericht für das zurückliegende Jahr 2012.

Dialog schafft aber auch Veränderungen. Die Arbeit unseres Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. war im vergangenen Jahr von vielen sozialpolitischen Themen geprägt. Die Einflussnahme des BSK auf die Politik und die politischen Entscheidungsträger hat zu Veränderungen und damit auch zu Lebensqualität geführt. Ein Meilenstein war die Festschreibung der barrierefreien Fernbusrichtlinie. Auf Seite 21 können Sie ausführlich darüber lesen, wie der BSK im vergangenen Jahr dafür gekämpft hat.

Die Arbeit unserer Untergliederungen steht im Mittelpunkt unserer Berichterstattung. Bei Veranstaltungen, Aktionstagen oder in Beratungsgesprächen repräsentieren sie den BSK und haben dabei immer die UN-Behindertenrechtskonvention im Visier. Die Forderung nach einer raschen Umsetzung der Artikel „Barrierefreiheit“, „Bewusstseinsbildung“ und „Gesundheit“ wurde in allen BSK-Instanzen thematisiert, angefangen bei den Landesverbänden, über die Bereiche bis hin zu den Kontaktstellen. Diesem Netzwerk ist es zu verdanken, dass der BSK auch im vergangenen Jahr so oft in der Presse stand. Eine vorbildliche Information über die Verwendung der Spenden- und Fördergelder wurde uns im vergangenen Jahr von PriceWaterhouse Cooper bescheinigt. PwC prämiert jährlich die transparente Berichterstattung gemeinnütziger Organisationen.

Wir konnten unser Ergebnis von 62% (2009) auf 80,5 % (2011) steigern und hoffen in diesem Jahr bei der Ausschreibung ganz vorne mit dabei zu sein.

Ich danke allen, die unsere Arbeit mit Spenden, Zeit und Wissen unterstützen und freue mich, wenn Sie unserem Tätigkeitsbericht Ihre Aufmerksamkeit schenken.



Gerwin Matysiak, Bundesvorsitzender

Vorwort der Vorsitzenden der Delegiertenversammlung

Liebe Leserin, lieber Leser,
2012 war ein wichtiges Jahr. Die Satzungsänderung im Jahr 2009 hatte zur Folge, dass sich die Delegiertenversammlung neu konstituierte, sie hat nun mehr Teilnehmende. Dies spiegeln entsprechend die Mitgliederzahlen in den einzelnen Untergliederungen wieder, die Gewichtung ist gleichmäßiger und gerechter. Da die Wahlperiode der Delegiertenversammlung 2011 endete, war es auch Aufgabe, eine/n neue/n Vorsitzende/n aus den eigenen Reihen zu wählen. Als neue Vorsitzende möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen. Ich heiße Romy Pötschke, bin 32 Jahre alt und langjähriges BSK-Mitglied. Seit fast 7 Jahren arbeite ich im Vorstand des Stadtverbands in Dresden mit. Ich arbeite als selbstständige Schriftdolmetscherin und leite eine kleine Vermittlungsagentur. Langweilig wird es mir nicht. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Matthias Krasa gewählt, auf dessen Unterstützung ich nicht verzichten möchte. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Mitgliedern der Delegiertenversammlung herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen und die Wahl zur Vorsitzenden. Ich freue mich auf die Aufgaben, die mich erwarten.

Selbstverständlich hat sich die Delegiertenversammlung aber auch in diesem Jahr wieder mit ihren satzungsgemäßen Aufgaben beschäftigt. Der Bundesvorstand wurde für seine Arbeit einstimmig entlastet und die Bilanz 2011 genehmigt. Da Maik Nothnagel – sozialpolitischer Referent des BSK e.V. in der Repräsentanz Berlin vom 1. Oktober 2010 bis 30. Juni 2012 – ab 1. Juli 2012 wieder in den Thüringer Landtag einziehen konnte, war es Aufgabe des BSK, eine würdige Nachfolgerin oder einen würdigen Nachfolger in Berlin zu finden. Beate Winzer stellte sich der Delegiertenversammlung vor. Sie sollte zunächst bis zum Ende der Legislaturperiode des Thüringer Landtags 2014 seinen Platz einnehmen. Leider musste sich der BSK mittlerweile wieder von ihr trennen, so dass Ulf-D. Schwarz vertretungsweise ihre Aufgaben übernahm. Im Mai 2013 wird Cindy Quast die Stelle in Berlin besetzen.

Außerdem wurde Gerd Strombach für seine besonderen Verdienste um den BSK mit der BSK-Ehrenmedaille ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für die geleistete Arbeit.

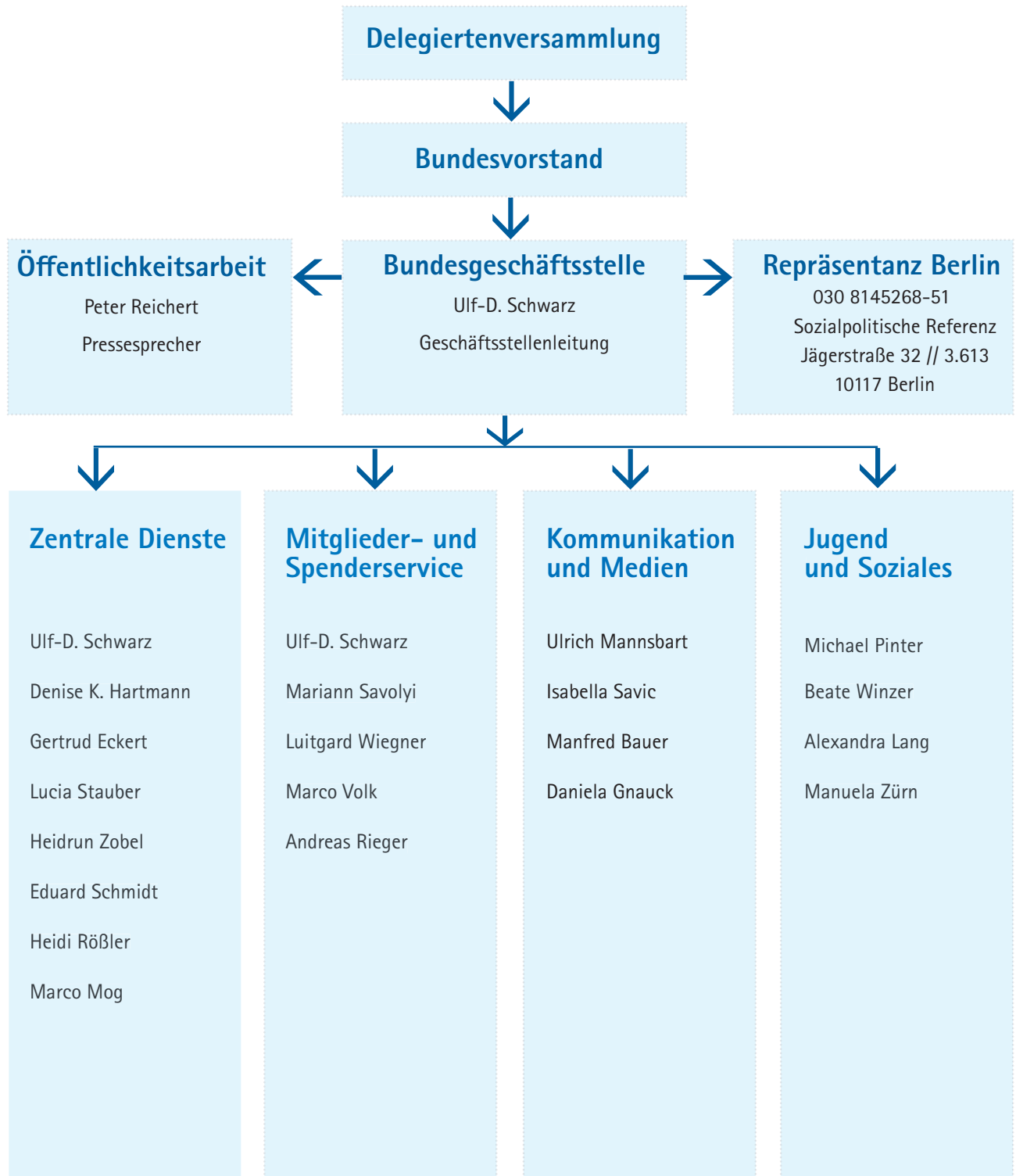


Romy Pötschke, Vorsitzende Delegiertenversammlung

ORGANIGRAMM

Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.
Altkrautheimer Str. 20, 74238 Krautheim

Telefon: 06294 4281-0, Fax: 06294 4281-79
E-Mail: info@bsk-ev.org, Internet: www.bsk-ev.org



1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.1 Organe

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. ist ein in das Vereinsregister NR. 154 beim Amtsgericht Künzelsau eingetragener Verein.

Er ist gemäß dem Freistellungsbescheid vom 1. März 2012 des Finanzamtes Öhringen als mildtätiger Verein anerkannt und besteht aus folgenden Organen:

- **Bundesausschuss**
- **Delegiertenversammlung**

1.2 Bundesausschuss



Gerwin Matysiak
Bundesvorsitzender



Anita Reichert
Stellv. Bundesvorsitzende



Verena Gotzes
Stellv. Bundesvorsitzende



Friedrich Zumbusch
Schatzmeister



Andreas Brandenburger
Vorstand



Bernhard Endres
Vorstand



Karl Finke
Vorstand



Helmut Fleig
Vorstand



Kati Stephan
Vorstand



Roland König
Vorstand



Jana Treffler
Vorstand

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.3 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung bestand bis zum 23. November 2012 aus folgenden Vertretern und Vertreterinnen:

Gerd Strombach (Vorsitzender), Peer Maßmann (stellvertretender Vorsitzender), Gisela Fischer, Michael Gesk, Hildegard Gramatzky, Hendrik Grützner, Artur Klemm, Matthias Krasa, Andreas Martin, Helga Pflichtenhöfer, Romy Pötschke, Anita Pützkuhl-Schöberlein, Erika Schmidt, Ilse Walker, Yvonne Wirth und folgenden Ersatzvertreterinnen und Ersatzvertretern:

Helmut Gössling, Wilfried Kutter, Ernst-Helmut Matschke, Reinhard Neubauer, Sigrid Teschner, Reinhold Weiß, Joachim Weiß, Heike Witsch.

Durch die Änderungen der Satzung und der Wahlordnung der Delegiertenversammlung ändern sich auch die Struktur und die Zusammensetzung des Gremiums. Die Ersatzvertreter entfallen dadurch.



Delegiertenversammlung in Duderstadt

Die neu gewählte Delegiertenversammlung besteht aus folgenden Delegierten:

Romy Pötschke (Vorsitzende), Matthias Krasa (stellvertretender Vorsitzender), Harry Aron, Herbert Bischoff, Hendrik Grützner, Ellen Herrmann, Lothar Kempf, Natalie Klawitter, Artur Klemm, Andreas Martin, Peer Maßmann, Ernst-Helmut Matschke, Claus-Arne Mohr, Tino Pech, Helga Pflichtenhöfer, Anita Pützkuhl-Schöberlein, Britta Soppala, Uwe Wagner, Hannelore Weiland und Joachim Weiß.

1.4 Geschäftsstellenleiter

Ulf-D. Schwarz

Die Erledigung der laufenden Geschäfte wird dem Geschäftsstellenleiter übertragen. Der Geschäftsstellenleiter hat Handlungsvollmacht nach § 30 BGB.



Ulf-D. Schwarz

1.5 Aufgaben

1.5.1 Aufgaben des Bundesvorstandes

Zu den Aufgaben des Bundesvorstandes gehören insbesondere:

a) die praktische Umsetzung der von der Delegiertenversammlung für das Geschäftsjahr beschlossenen Aufgaben, Ziele und Maßnahmen,

b) Reaktion auf aktuelle nationale und internationale sozial-, gesundheits- und behindertenpolitische Entwicklungen, auf Vorhaben bzw. Maßnahmen von Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, der Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbände, auf Maßnahmen der Träger der Rehabilitation und weiterer, die Lebenssituation körperbehinderter Menschen beeinflussender Institutionen entsprechend den in der Satzung und in weiteren Vereinsdokumenten festgelegten Zielstellungen,

c) die Erarbeitung und Aktualisierung einer Vereinsordnung, die das Zusammenwirken von Bundesvorstand, Geschäftsstelle, Untergliederungen und Experten festlegt,

d) in Abstimmungen mit dem jeweiligen Landesverband/der Landesvertretung Kontaktstellen einzurichten und Landesvertreter sowie Experten zu berufen und abzurufen,

e) ständige oder zeitweilige Ausschüsse, Arbeitsgruppen und/oder Projektgruppen zur Realisierung der Vereinsziele einzusetzen, ihre Aufgabenstellungen zu definieren und die Mitglieder dieser Gremien zu berufen und abzurufen,

f) Festlegung der in der Geschäftsstelle zu bearbeitenden ständigen Aufgabenkomplexe oder zeitweilige Schwerpunktaufgaben, Kontrolle der Erfüllung, Bestätigung des Stellenplanes und des Tätigkeitsberichtes der Geschäftsstelle,

g) Ausarbeitung bzw. Veranlassung der Ausarbeitung und Bestätigung der Dokumente für die Delegiertenversammlung, insbesondere des Tätigkeitsberichtes, der Bilanz, des Arbeitsprogramms für das Folgejahr, des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr, erforderlicher innerverbandlicher Regelungen und der Beschlussvorschläge; Teilnahme mit beratender Stimme an der Delegiertenversammlung,

h) Abschluss/Aufhebung/Kündigung von Arbeitsverträgen des BSK oder seiner Tochtergesellschaften in der Geschäftsführer- und Abteilungsleiterebene,

i) Entscheidung über die Aufnahme, die Streichung und den Ausschluss von Mitgliedern,

j) Wahrnehmung der Gesellschafterinteressen bei seinen Tochtergesellschaften.

1.5.2 Aufgaben der Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung ist das Aufsichtsgremium des BSK e.V. und für die Kontrolle der Einhaltung der satzungsgemäßen Aufgaben.

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

gemäßen Ziele verantwortlich. Die Delegiertenversammlung ist die Zusammenkunft der von den ordentlichen Mitgliedern (§ 5 Abs. 4) für die Dauer von 4 Jahren direkt gewählten Delegierten.

Zu den Aufgaben der Delegiertenversammlung gehören insbesondere die Beschlussfassung über:

- a) Satzungsänderungen. Der Bundesvorstand wird jedoch ermächtigt, solche Satzungsänderungen, die von einer Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörde zur Auflage gemacht werden, eigenständig vorzunehmen. Über diese Änderungen sind die Delegierten unverzüglich zu informieren,
- b) die Beitragsordnung,
- c) eine Geschäftsordnung, die die Zusammenarbeit des Bundesvorstands mit und die Befugnisse des vertretungsberechtigten Bundesvorstands und der Geschäftsstelle regelt,
- d) den Erlass von sonstigen Vereinsordnungen,
- e) Aufnahme oder Beendigung der Mitgliedschaft in anderen Vereinigungen/Organisationen,
- f) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Bilanz, Entlastung des Bundesvorstandes und Bestellung eines Wirtschaftsprüfers nach §13 dieser Satzung auf Vorschlag des Bundesvorstands,
- g) Bestätigung des Arbeitsprogramms, Genehmigung des Wirtschaftsplans, Beschlüsse zu weiteren Grundsatzfragen,
- h) Wahl/Abwahl des Bundesvorstands bzw. von einzelnen Vorstandsmitgliedern,
- i) abschließende Entscheidung über die Ablehnung der Aufnahme bzw. den Ausschluss von Mitgliedern,
- j) Berufung/Abberufung von Ehrenmitgliedern des Vereins,
- k) Entscheidung über die Auflösung des Vereins (§14).

1.5.3 Aufgaben des Geschäftsstellenleiters

Die Aufgaben des Geschäftsstellenleiters umfassen:

- a) die Führung der laufenden Geschäfte. Ihm kann nach § 30 BGB Vertretungsvollmacht erteilt werden,
- b) die Teilnahme mit beratender Stimme an der Delegiertenversammlung und den Vorstandssitzungen,
- c) die Erstellung des Jahresabschlusses bis zum 30. Juni des Folgejahres und die Vorlage des Entwurfs von Haushalt- und Stellenplan bis zur ersten Sitzung des Vorstandes im laufenden Jahr.

Daneben übernimmt er die Leitung der Abteilungen Zentrale Dienste und Mitglieder-/ Spenderservice und ist Disziplinarvorgesetzter für alle Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle.

1.6 Wahl der Organe

Im Jahr 2012 wurde die Delegiertenversammlung neu gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 28,4 Prozent. Die Legislaturperiode der aktuellen Delegiertenversammlung endete mit der konstituierenden Sitzung der neu gewählten Delegiertenversammlung vom 23. bis 25. November 2012. Die Legislaturperiode der neu gewählten Delegiertenversammlung dauert bis zum Jahr 2016.

Am 20. Dezember 2010 wurde der neue Bundesvorstand sowie der neue vertretungsberechtigte Bundesvorstand gewählt. Diesem gehören seither an:

- Gerwin Matysiak, Bundesvorsitzender
- Anita Reichert, stellv. Bundesvorsitzende
- Verena Gotzes, stellv. Bundesvorsitzende
- Friedrich Zumbusch, Schatzmeister
- Andreas Brandenburger
- Bernhard Endres
- Karl Finke
- Helmut Fleig
- Roland König
- Kati Stephan
- Jana Treffler

Kati Stephan hat auf eigenen Wunsch ihr Amt der stellvertretenden Bundesvorsitzenden abgegeben. Die Nachfolgerin wurde von der Delegiertenversammlung gewählt und so nahm am 23. Oktober 2012 Verena Gotzes die Nachfolge von Kati Stephan an.

Die Wahlperiode des Bundesvorstandes geht von 2011 bis 2014.

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.7 Vergütungen

1.7.1 Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen

Die Delegiertenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. Oktober bis 1. November 2009 beschlossen, dass der vertretungsberechtigte Bundesvorstand nach § 26 BGB eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 160 € erhält.

In der Sitzung vom 29. bis 31. Oktober 2010 wurde beschlossen, dass der erweiterte Bundesvorstand ab dem Jahr 2011 eine halbjährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 115 € erhält.

Insgesamt betragen die Aufwandsentschädigungen im Jahr 2012 genau 8.131,68 € (2011: 8.970 €).

Außerdem bekommen alle ehrenamtlichen Organe ihre Reisekosten nach der gültigen BSK-Reisekostenregelung erstattet.

1.7.2 Hauptamtliche Mitarbeiter/innen

Alle Mitarbeiter/innen sowie der Geschäftsstellenleiter werden nach den AVB (Arbeitsvertragsbedingungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.) vergütet. Der Geschäftsstellenleiter ist in die Gruppe H3 eingegliedert und zu 85 % beschäftigt. Im Jahr 2012 waren 25 Mitarbeiter/innen (15,98 Vollkräfteanteil) angestellt, davon neun Mitarbeiter/innen (4,28 VK) mit einer anerkannten Schwerbehinderung und drei Auszubildende.

Personalstatistik BSK e.V. zum 31.12.2012

Abteilung	Beschäftigungsverhältnis			Geschlecht		Behinderung			Migrationshintergrund	
	Vollzeit	Teilzeit	VK	männlich	weiblich	ja	nein	VK (ja)	ja	nein
Leitung	0	1	0,85	1	0	0	1	0	0	1
Zentrale Dienste	2	5	4,62	2	5	2	5	0,60	2	5
Mitglieder- und Spenderservice	1	3	2,42	1	3	1	3	0,5	0	4
Kommunikation & Medien	2	3	3,51	3	2	2	3	0,88	0	5
Jugend & Soziales	2	2	3,02	1	3	1	3	0,8	0	4
Aushilfskräfte	0	1	0,06	0	1	0	1	0	0	1
Auszubildende	3	0	1,5	0	3	3	0	1,5	0	3
GESAMT	10	15	15,98	8	17	9	16	4,28	2	23
Vorjahr	10	14	15,03	10	14	8	16	3,22	2	22
Kranktage 2012 (2011): 176 (237)										

Legende: VK = Vollzeitkraft

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter/innen beträgt im Jahr 2012 42,25 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit, berechnet zum 31.12.2012, ergibt 8,8 Jahre.

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.8 Tochtergesellschaften des BSK e.V.

Die Tochtergesellschaften des BSK e.V. sind:

- BSK-Reisen GmbH
- Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH
- Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem. GmbH
- Hohenloher Integrationsunternehmen GmbH

Alle Tochtergesellschaften sind als gemeinnützig anerkannt.

1.9 Untergliederungen des BSK e.V.

Der BSK e.V. hat in elf Bundesländern eine Landesvertretung bzw. einen Landesverband:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin-Brandenburg (Trennung im Jahr 2013)
- Hessen
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

Daneben hat er als Bereiche und Kontaktstellen noch weitere ca. 110 Untergliederungen.

1.10 Beziehungen zu anderen Organisationen

1.10.1 Mitgliedschaften

Der BSK e.V. ist Mitglied bei folgenden Organisationen:

- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (DPWV), Berlin
 - Vorlage und Prüfung der Bilanz
- Deutscher Spendenrat e.V., Berlin
 - Austritt zum 31. Dezember 2012
- Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V. (BAG SELBSTHILFE), Düsseldorf
- Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit e.V. (BKB), Berlin
- Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V. (ForseA), Berlin
- Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e.V. (DVfR), Heidelberg
- Creditreform, Heidelberg
- Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V. (DRS), Duisburg
- Deutsches Jugendherbergswerk Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e.V. (DJH), Detmold
- Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e.V. (NatKo), Düsseldorf
- Deutsche Interessengemeinschaft für Erbrecht und Vorsorge e.V. (DIGEV), Angelbachtal
- Heimat-Kulturverein, Krautheim

1.10.2 Kooperationen

Der BSK e.V. kooperiert in verschiedenen Themenbereichen mit anderen Organisationen:

- Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben (ISL), Berlin
 - Projekt „Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten für einen barrierefreien Praxisalltag“
 - Schulung „Mehr Partizipation durch mehr Information“ in München
- Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V. (DRS)
 - Kooperationsvereinbarung
- Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm)
 - Gespräche über Intensivierung der Zusammenarbeit am 4. Mai 2012
 - Abstimmung bei der Zusammenarbeit in gemeinsamen Mitgliedsverbänden wie BAG Selbsthilfe, NatKo, Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (BKB)

2 BUNDESVERBAND

2.1 Jugend & Soziales

2.1.1 Jugendarbeit

BSK-Spielmobil für alle

Das BSK-Spielmobil ist ein Geräteparcours für Kinder mit und ohne Behinderung, mit dem Körpererfahrungen ge-

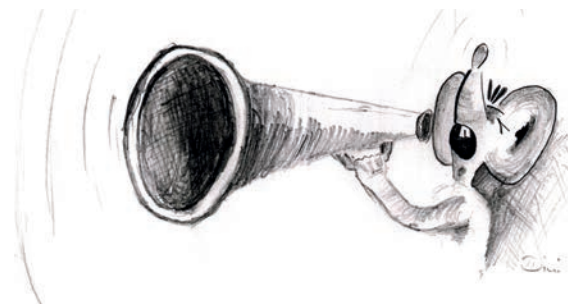


Mit dem Spielmobil haben Kinder mit und ohne Behinderung viel Spass und können gemeinsam Körpererfahrungen machen

macht und Bewegungsabläufe trainiert werden können. Die Spielraum- und Ablaufgestaltung lässt zahlreiche Möglichkeiten zu: vom freien Spielen bis zu Wettbewerben an Stationen. Üblicherweise ist das Spielmobil mit zwei Personen besetzt. Für jedes Gelände, für innen und außen, ist Material vorhanden, was auch einen flexiblen Einsatz vor Ort kurzfristig zulässt.

Mit dem BSK-Spielmobil lassen sich neben Veranstaltungen aller Art auch Workshops und Fortbildungen in den Bereichen Therapie, Pädagogik, Motorik und Sport im Allgemeinen umsetzen. In allen Spielgeräten steckt ein innerer Aufforderungscharakter, der nicht verbal oder visuell von außen an die Zielgruppenmitglieder herangetragen werden muss. Dies gilt auch für den Geschicklichkeitsparcours, der als Test- und Trainingsparcours auch für schwerst-, mehrfachbehinderte Menschen durch modulare Ergänzungen im Bereich der taktilen Wahrnehmung nutzbar ist.

Seit 2010 ist der BSK Besitzer eines eigenen Spielmobils. Das Spielmobil kann von Untergliederungen des BSK, aber auch von anderen Einrichtungen, Institutionen und Firmen ausgeliehen bzw. gemietet werden. Dank der Unterstützung von Sponsoren und der Bewilligung diverser Fördergelder konnte das Spielmobil komplett gegenfinanziert werden. Im letzten Jahr war das Spielmobil insgesamt 25 Mal im Einsatz, u. a. bei der Kinderspielstadt in Weinsberg oder dem Sommerfest der Behindertenseelsorge Bonn/Rhein-Sieg in Bonn. Für 2013 liegen bereits zahlreiche Anfragen vor.



Jugendnewsletter „Flüstertüte“

Seit 2010 gibt es den Jugendnewsletter, der jedes Quartal an alle Untergliederungen und Interessierte versandt wird. Es werden Themen zu folgenden Rubriken vorgestellt: Politik & Recht, Natur & Umwelt, Gesundheit, Schule & Studium, Spiele, Spaß und mehr, Wettbewerbe, Events sowie Aktuelles vom BSK.

Die Newsletter können auch auf der Homepage des BSK abgerufen werden.

Das Angebot des Jugendnewsletters haben über 680 Interessierte angenommen.

Schulung der Ehrenamtlichen

Am Freitag, den 28. September 2012 fand in der Geschäftsstelle in Krautheim eine Einführungsschulung für die neuen Ehrenamtlichen des Spielmobils statt.

Unter anderem wurden folgende Themen behandelt:

- Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, um mit dem Spiemobilanhänger fahren zu dürfen?
- Wie werden die Spielgeräte richtig angewendet?
- Auf was muss besonders geachtet werden?

Diese Schulung wurde von drei ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besucht.

Mobilitätstrainings-Anhänger

Seit Mitte Mai 2012 ist der BSK-Bereich Hannover und Umgebung e.V. im Besitz eines eigenen Mobilitätstrainings-Anhängers.



Auch der Bereich Hannover hat jetzt ein Spielmobil

2.1.2 Beratung und Untergliederungen Beratung

Im Jahr 2012 wurden direkt in der Geschäftsstelle circa 130 schriftliche Anfragen per Briefpost, circa 300 Anfragen per E-Mail und circa 470 telefonische Anfragen beantwortet.

Am häufigsten angefragte Themen waren:

- Tätigkeit/Hilfsangebot des BSK e.V. und Ansprechpartner vor Ort
- Pflege (Pflegestufen, Begutachtung, Pflegehilfsmittel, aktuelle Änderungen im Bereich des SGB XI)
- Kfz-Förderung, Führerschein und Parkausweis (Voraussetzungen/Genehmigung, Finanzierung)
- Finanzierung/Förderung barrierefreies Bauen
- Der neue Rundfunkbeitrag
- Grundsicherung/Hartz IV (SGB II/SGB XII)
- Krankenversicherung
- Finanzielle Unterstützung von Menschen in Notsituationen
- Persönliches Budget
- UN-Behindertenrechtskonvention
- Diskriminierung aufgrund einer Behinderung

Untergliederungen

2012 wurden die Untergliederungen des BSK e.V. im Rahmen der Zuwendungsrichtlinien finanziell und ideell (z. B. durch Schulungen und Hilfestellungen bei der Vereinsarbeit) bei ihren Vorhaben unterstützt. Im Jahr 2011 wurde die Arbeit der Untergliederungen mit insgesamt 54.392,08 Euro mittels institutioneller oder Projektorientierter Förderung unterstützt. 2012 wurden fünf neue Kontaktstellen eingerichtet: in Berlin-Spandau, Bergheim (Nordrhein-Westfalen), Oberthal (Saarland), Kaulsdorf und Uhlstädt (Thüringen). Mit Celle (Niedersachsen) wurde ein neuer Bereich gegründet. Der bisherige gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg hat sich in zwei neue Untergliederungen aufgeteilt: den Landesverband Berlin und ab 1. Januar 2013 die neue Landesvertretung Brandenburg.

Der Bereich Flöha (Sachsen) löste sich zum Jahresende auf.



BSK-Landesvertreter/innen trafen sich in Duderstadt mit dem Bundesvorstand

2.1.2.1 Treffen d. Vorsitzenden bzw. Leiter/innen der BSK-Landesverbände, Landesvertretungen mit dem Bundesvorstand

Zum Treffen vom 30. März bis 1. April 2012 im niedersächsischen Duderstadt fanden sich insgesamt 13 Teilnehmende ein. Es wurde intensiv über Möglichkeiten diskutiert, die bisherigen Mitglieder zu halten und neue Mitglieder hinzuzugewinnen. Themen dabei waren:

- BSK-Imagefilm
- Länderpatenschaften
- Umsetzung der Vereinbarungen vom letzten Treffen
- Mitgliederwerbung
- BSK-Aktionsplan
- Gemeinsame Aktion zum 5. Mai
- Fragen an den Vorstand

2.1.2.2 Bereichsleitertagung

Die Bereichsleitertagung fand vom 6. bis 8. Juli 2012 in Duderstadt unter dem Motto „Behindertenselbsthilfe am Scheideweg – Selbsthilfearbeit im 21. Jahrhundert sicherstellen“ statt. Themen waren:

- Entwicklungen im Selbsthilfemarkt
- Selbsthilfethemen effektiv in den Medien platzieren
- Nutzung neuer Medien in der Selbsthilfearbeit
- Selbsthilfe als Beitrag zur Bürgergesellschaft
- Aktivierung von Mitgliedern für die Selbsthilfearbeit – Akquise von ehrenamtlichen Mitstreitern



Die Bereichsleitertagung stand unter dem Motto „Behindertenselbsthilfe am Scheideweg – Selbsthilfearbeit im 21. Jahrhundert sicherstellen“

2 BUNDESVERBAND

- Veranstaltungen als Instrument der Mitglieder Gewinnung
- Nachwuchsgewinnung in der Selbsthilfe

Gearbeitet wurde mittels Vorträgen mit der Möglichkeit, Rückfragen zu stellen und anschließend zu diskutieren. Zur Tagung kamen 55 Teilnehmende aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Saarland und Thüringen.

Die Veranstaltung wurde vom Bundesministerium der Gesundheit unterstützt.

Die Auswertung der Evaluationsbögen ergab eine Bewertung von 2,0 auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (ungenügend).

2.1.2.3 BSK-Experten/innen

Die BSK-Experten/innen sind Experten/innen in eigener Sache: als selbst betroffene Berater/innen können sie aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder jahrelanger Erfahrung wichtige Tipps und Hinweise geben an Menschen mit



Expertentreffen in Berlin

Behinderung zu den Themengebieten Hilfsmittel, Barrierefreier ÖPNV, Barrierefreies Bauen, Barrierefreier Tourismus, Grundsicherung, Persönliches Budget und Hartz IV. Neu hinzugekommen sind zwei Experten für die Themengebiete UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum sowie ein zusätzlicher Experte für das Themengebiet Persönliches Budget. Das BSK-Expertenteam traf sich vom 20. bis 21. April 2012 in Berlin zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie zu strategischen Überlegungen für die Weiterentwicklung der Arbeit des Expertenteams. Themen waren dabei:

- Struktur der Expertenberatung
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Austausch/Vernetzung
- Öffentlichkeitsarbeit

- Interne/Externe Kommunikation
- Organisatorisches
- Wünsche/Anregungen

2.1.2.4 Schulungen in Süd- und Norddeutschland

„Heilmittelversorgung“ war das Thema der „Schulung Nord“ vom 4. bis 6. Mai 2012 in Duderstadt. Dazu fanden sich insgesamt 37 Teilnehmende aus den Ländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Sachsen ein.



„Heilmittelversorgung“ lautete das Thema der Schulung Nord

Die Referentin, Heidi Hauer, Mitglied im Unterausschuss „Veranlasste Leistungen“ des gemeinsamen Bundesausschusses, erklärte die rechtlichen Grundlagen des Heilmittelkatalogs sowie dessen Aufbau und Systematik. Nach der Vermittlung der theoretischen Grundlagen ging es in die Praxis. Heidi Hauer erklärte an praktischen Beispielen die Abläufe vom Besuch des Arztes bis zur Inanspruchnahme der Heilbehandlungen einschließlich z. B. der Langzeitverordnungen und Verordnungen außerhalb des Regelfalls. Danach wurde dieses Wissen in der Praxis angewandt in Form von Übungsfällen (Arztbesuch, Gespräch mit Krankenkassenmitarbeitern etc.) als Rollenspiel. Die Schulung war gut besucht und schnitt bei der Evaluation auf einer Skala von 1 bis 6 mit 2,3 ab, so dass von einer gelungenen Veranstaltung gesprochen werden kann.

Unter demselben Motto fand die „Schulung Süd“ vom 7. bis 9. September 2012 in Altötting statt. Zu dieser Schulung



Auch auf der Schulung Süd referierte Heidi Hauer (li.) über Heilmittelversorgung

fanden sich insgesamt 22 Teilnehmende aus den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Sachsen ein. Die Schulung war gut besucht und schnitt bei der Evaluation auf einer Skala von 1 bis 6 mit 1,3 ab.

Die insgesamt niedrigeren Teilnehmerzahlen rühren daher, dass sich während der zuerst veranstalteten Schulung Nord herausstellte, dass bei diesem komplexen Thema eine kleinere Gruppe wesentlich effektiver ist, wenn es darum geht, einen optimalen Lernerfolg zu garantieren. Daher wurde die Teilnehmerzahl begrenzt.

2.1.3 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Homepage

Die BSK-Homepage verzeichnete im Berichtsjahr einen erneuten Zuwachs von 689.237 Besuchern (2011: 616.738), wovon 516.187 Besucher über unsere GoogleGrants/AdWords-Kampagne auf unsere Seiten kamen. Der Gesamtwert unserer GoogleGrants-Aktivitäten bezifferte sich auf 399.724,32 US-Dollar.

Messeteilnahmen

Im Juni nahmen der BSK und die BSK-Reisen GmbH an der ersten Internationalen Reha- und Mobilitätsmesse für Alle (IRMA) in Bremen teil. 500 Reisekataloge, 400 LEBEN&WEG und 4.000 Falschparkerkarten konnten an drei Messeständen verteilt werden.



Hubert Hüppe, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, am BSK-Stand zusammen mit Inge Paare-Renkhooff und Anita Reichert (v.l.)

Im Oktober präsentierte sich die gesamte Reha- und Hilfsmittelbranche auf der REHACARE in Düsseldorf. Der BSK konnte wieder am Gemeinschaftsstand der BAG-Selbsthilfe über seine Arbeit informieren. Acht Besucher entschlossen sich noch am BSK-Stand für eine Mitgliedschaft. Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, sowie die beiden LINKEN-Abgeordneten Dr. Ilja Seifert (MdB) und Maik Nothnagel (MdL und vormals sozialpolitischer Referent beim BSK) besuchten den BSK-Stand.

Pressearbeit

Das Angebot des BSK, die Untergliederungen bei ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, wurde verstärkt in Anspruch genommen. 48 regionale Pressemel-

dungen für Kontaktstellen- und Bereichsveranstaltungen wurden von der Zentrale aus personalisiert verschickt. 130 Pressemeldungen wurden auf der Newsseite der Homepage veröffentlicht.

Sozialpolitische Arbeit

BSK im Dialog mit Gabriele Molitor

Die Umsetzung der Fernbusrichtlinie, aktuelle Gesundheitspolitik und die Entwicklung der Pflegeversicherung waren die Kernthemen der Podiumsdiskussion „BSK im Dialog“ am 2. März 2012 in der Hessischen Landesvertretung in Berlin. Karl Finke, BSK-Vorstandsmitglied, moderierte die Diskussionsrunde mit Gabriele Molitor (FDP).



BSK-Vorstand Karl Finke moderierte die Podiumsdiskussion „BSK im Dialog“ mit Gabriele Molitor (FDP)

Landtagsabgeordneter Arnulf von Eyb beim Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. in Krautheim

Im August 2012 war Arnulf von Eyb, Landtagsabgeordneter von Baden-Württemberg, zu Besuch im Eduard-Knoll-Wohnzentrum und in der BSK-Geschäftsstelle in Krautheim. Er und seine Wahlkreismitarbeiterin Sarah Hübner wurden durchs Wohnzentrum geführt und besichtigten den Neubau



V.l.n.r.: Birgit Gotthardt und Anita Schäfer vom radioEdi-Team diskutierten mit dem Landtagsabgeordneten Arnulf von Eyb

2 BUNDESVERBAND

„Betreutes Wohnen“. Die Mitarbeiter/innen von radioEdi, dem hauseigenen Radiosender des EKWZ, interviewten die Gäste.

BSK zu Gast bei MdB Christian von Stetten



BSK-Geschäftsstellenleiter Ulf-D. Schwarz besuchte Christian von Stetten in dessen Abgeordnetenbüro in Berlin

In der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der Sommerpause begrüßte der Hohenloher Abgeordnete Christian von Stetten (CDU) den Geschäftsstellenleiter des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Ulf-D. Schwarz, zu einem Gespräch in seinem Berliner Büro.

Alois Gerig (MdB/CDU) besuchte das EKWZ



Alois Gerig (MdB/CDU) diskutierte mit Vertreter/innen des BSK und dem Vorsitzenden der Bewohnervertretung des EKWZ über sozialpolitische Themen

Alois Gerig, Mitglied des Bundestags (MdB/CDU), besuchte im Februar 2012 die Einrichtungen des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) in Krautheim und informierte sich besonders über das Eduard-Knoll-Wohnzentrum (EKWZ), in dem 80 schwerbehinderte Menschen leben. In Diskussionen mit BSK-Vertreter/innen kamen aktuelle sozialpolitische Themen zur Sprache.

2.1.4 Kommunikation und Medien

Redaktion „LEBEN&WEG“

Allgemeines

Das BSK-Verbandsmagazin LEBEN&WEG erschien 2012 bereits im 51. Jahrgang und ist weiterhin ein maßgebliches

Informationsmedium und Sprachrohr von Menschen mit Behinderung. Dies zeigt die Resonanz auf das Heft bzw. auf die Arbeit der Redaktion. Ein wichtiges Arbeitsfeld bilden weiterhin sozialpolitische Themen, um das Profil des BSK in diesem Bereich weiter zu schärfen. Denn die drastischen Reformen der Sozialsysteme verursachen starke gesellschaftliche Veränderungen und bringen – Stichwort Sparmaßnahmen – gerade für Menschen mit Behinderung viele negative Folgen mit sich.

LEBEN&WEG erscheint sechs Mal im Jahr, zum Leserkreis gehören überwiegend BSK-Mitglieder, aber auch politische Entscheidungsträger, Beschäftigte im Gesundheitswesen (z. B. in Krankenhäusern, Kliniken, Praxen) und Gewerbetreibende (z. B. Hilfsmittelhersteller).



LEBEN&WEG

Titelthemen von LEBEN&WEG waren 2012: Barrierefreiheit im ÖPNV/Inklusion in der Schule/Teilhabe in Politik und Gesellschaft/Pflegeversicherung/Barrierefreie Gesundheitsversorgung/Verbraucherschutz für Menschen mit Behinderung.

Inhalt und Gestaltung

Leser und Leserinnen betonen immer wieder, dass die vielfältigen Inhalte von LEBEN&WEG ihren Informationsansprüchen in hohem Maße gerecht werden. Das gilt auch für die optische Gestaltung. Stetig wachsende Resonanz finden die Rubriken Auto und Verkehr sowie (Sozial-) Rechtsthemen. Die Heftbeilage „BSK-intern“, in der Untergliederungen von ihren Aktivitäten berichten, erweist sich weiterhin als wichtiges Informationsblatt mit Texten und Fotos von und für BSK-Mitglieder.

Werbung/Kosten

Aufgrund des im Printbereich schwierigen Anzeigengeschäftes ging 2012 der Anzeigenerlös um ca. 3,8 Prozent zurück. Als problematisch erweist sich weiterhin der hohe Altersdurchschnitt der BSK-Mitglieder, deren Zahl deshalb kontinuierlich zurückgeht. Dies wirkt sich auch auf die Auflage aus und begrenzt wiederum das Interesse potentieller Anzeigenkunden, die sich meistens an der Höhe der verbreiteten Auflage orientieren. Da die Produktion der Druckvorstufe weitgehend von der Redaktion von LEBEN&WEG geleistet wird, lassen sich dadurch pro Ausgabe erhebliche Kosten einsparen.

Weitere Publikationen/Drucksachen

Neben LEBEN&WEG und BSK-intern produzierte die Redaktion die BSK-Infobroschüre „ABC Heilmittelrichtlinie“ sowie

Geschäftspapiere und Banner für die BSK-Untergliederungen. Hinzu kamen u. a. Flyer, diverse Mailings, der BSK-Tätigkeitsbericht sowie Karten und Plakate für verschiedene Anlässe. Zudem lieferte die Redaktion Beiträge für die BSK-Homepage.

Ausblick auf das Jahr 2013

Die Redaktion wird alles daransetzen, die Attraktivität von LEBEN&WEG zu erhöhen und den Leserkreis zu erweitern, etwa durch verstärktes Herausstellen von BSK-Serviceleistungen wie Informationen für Hilfesuchende. Damit einhergehend soll das Anzeigenvolumen weiter erhöht werden. Inhaltlich wird die Auseinandersetzung mit Themen wie Gesundheit, Barrierefreiheit und Bewusstseinsbildung großen Raum einnehmen. Aber auch den Themen Mobilität und Recht wird die Redaktion weiter besondere Aufmerksamkeit widmen.

Ab Ausgabe 1/2013 wird das Beiheft BSK-intern in LEBEN&WEG integriert und ebenfalls farbig gedruckt.

2.1.5 Mitglieder- und Spenderservice

Das Jahr 2012 begann für den Mitglieder- und Spenderservice im Januar mit der Erstellung und Versendung der Zuwendungsbestätigungen, den sogenannten Spendenbescheinigungen sowie mit dem Ausstellen der Urkunden für unsere langjährigen Mitglieder.

Im Laufe des Jahres folgten dann die gewohnten Mailings: an Ostern, im Herbst mit der „Kleinen Galerie“ und im November mit dem Weihnachtsbrief. Dazwischen wurden noch die beiden Bußgeldmailings im Frühjahr und Spätsommer verschickt. Mit Unterstützung der Redaktion, die mittlerweile Layouts und Drucksachen im Haus gestaltet, konnten wir diese Briefsendungen mit den Kolleginnen und Kollegen in den Krautheimer Werkstätten drucken und verschicken. Das Team des Mitglieder- und Spenderservice wurde dann im Herbst mit der Rückkehr von Marco Volk wieder vervollständigt. Es arbeiten hier nun wieder fünf Personen mit insgesamt 2,7 Vollzeitstellen.

Ostermailing

Ende April 2011 erhielten ca. 13.200 Empfänger unsere Bitte um eine Spende für unsere Jugendarbeit. Hierbei wurde das „integrative Spielmobil“ vorgestellt. Leider fühlten sich unsere Spender nicht zu 100 Prozent angesprochen. Somit lag der ROI (Return on investment) nur bei 1,74. Dennoch ist auch dies eine Steigerung zu den Vorjahren (ROI 2011: 1,37 / ROI 2010: 1,54) und für die Osterzeit und die wirtschaftliche Lage durchaus ordentlich.

Kalender „Kleine Galerie“ 2013

Unter dem Motto „Mein größter Traum“ malten wieder viele Kinder mit Behinderung Bilder, aus denen der Jahreskalender entstand. Den Kalender mit einer Auflagenhöhe von 20.000 Exemplaren verschickten wir am 5. Oktober 2012 an rund 19.200 Adressen. Der ROI lag in diesem Jahr bei 3,37 vergleichbar niedrig wie im Vorjahr, wo er 3,54 betrug (2010: 3,12).

Weihnachtsmailing

„Engpass“ heißt eine der BSK-Karten, mit der Gehwegparker auf Fehlverhalten hingewiesen werden, auch auf dem Weg zum Weihnachtsmarkt. Dies war auch Thema unseres Spendenbriefes zu Weihnachten. Bei ca. 20.300 Empfängern und Spendern kam unser Anliegen an und wurde mit einem sehr guten Ergebnis honoriert. Mit einem ROI von 3,77 übertraf unsere Spendenbitte die Ergebnisse der Vorjahre (2011: 3,60 / 2010: 3,47).

Bußgeldmarketing

Bereits seit acht Jahren agiert der BSK e.V. wieder intensiv in diesem wichtigen Zweig unseres Fundraisings. Mit Luitgard Wiegner als Ansprechpartnerin für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Finanzämter konnten wir auch 2012 zwei Bußgeldmailings versenden.

Im Frühjahr wurden circa 9.000 Adressaten durch unsere Agentur ProFund angeschrieben. Im Spätsommer verschickten wir dann an unsere Hausliste ein zweites Mailing. Hierbei wurden nur Gerichte, Staatsanwaltschaften und Finanzämter angeschrieben, die dem BSK bereits Bußgelder zugewiesen hatten.

Ein großer Teil der in diesem Bereich erzielten Einnahmen, die leider auch im Jahr 2012 rückläufig waren, werden anteilmäßig an die BSK-Landesverbände und -vertretungen ausgeschüttet.

Fundraisingmaßnahmen

Die letzte Zusammenarbeit mit der Kölner Agentur „Streetwise“ wurde wegen mangelnder Qualität und schließlich durch die Insolvenz der Agentur beendet. Im Laufe des Jahres fand unter anderem eine Telefonaktion unter Beteiligung der Agentur „Deutscher Spendenhilfsdienst“ statt. Die Agentur telefonierte Besteller des „ABC Pflegeversicherung“ an und bat um eine einmalige oder um eine Dauerspende in Form einer Fördermitgliedschaft.

Des Weiteren wurden die Euro-WC-Schlüssel-Besteller nach einiger Zeit angeschrieben, wobei sich der BSK nochmals vorstellte. Dadurch konnten wir über 30 neue Mitglieder gewinnen. Weitere Aktionen dieser Art sind vorstellbar und auch angedacht.

2 BUNDESVERBAND

2.1.5.1 Mitgliederstatistik 2012

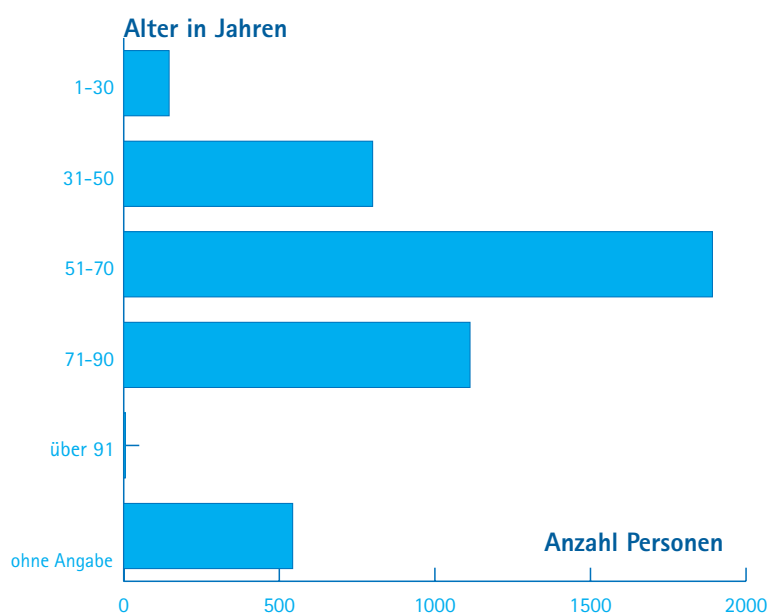
	2011	2012	Änderung
Baden-Württemberg	770	780	10
Bayern	736	731	-5
Berlin	99	99	0
Brandenburg	37	38	1
Bremen	11	11	0
Hamburg	38	44	6
Hessen	303	311	8
Mecklenburg-Vorpommern	19	20	1
Niedersachsen	420	440	20
Nordrhein-Westfalen	736	733	-3
Rheinland-Pfalz	231	229	-2
Saarland	43	49	6
Sachsen	882	834	-48
Sachsen-Anhalt	41	38	-3
Schleswig-Holstein	88	88	0
Thüringen	49	48	-1
Ausland	11	6	-5
Gesamt	4514	4499	-15

Kündigungen

Kündigungen			
Geschlecht	2011	2012	Differenz
Familien	0	0	0
Juristisch	6	8	2
Männer	121	136	15
Frauen	175	167	-8
Gesamt	302	311	9

Kündigungsgründe	2011	2012	Veränderung
verstorben	114	113	-1
ausgetreten	156	183	27
gestrichen	32	15	-17
unbekannt	0	0	0
Gesamt	302	311	9

Altersverteilung in 2012



Mitglieder aus den Bundesländern 2012

	Neuaufnahmen			Kündigungen			Veränderung der Mitglieder
	2011	2012	Diff. VJ	2011	2012	Diff. VJ	
Baden-Württemberg	43	53	10	71	43	-28	10
Bayern	43	44	1	46	49	3	-5
Berlin	7	11	4	6	11	5	0
Brandenburg	0	3	3	5	2	-3	1
Bremen	1	0	-1	0	0	0	0
Hamburg	0	11	11	5	5	0	6
Hessen	15	18	3	9	10	1	8
Mecklenburg-Vorpommern	3	1	-2	1	0	-1	1
Niedersachsen	43	51	8	32	31	-1	20
Nordrhein-Westfalen	37	39	2	39	42	3	-3
Rheinland-Pfalz	17	17	0	12	19	7	-2
Saarland	5	8	3	1	2	1	6
Sachsen	24	22	-2	58	70	12	-48
Sachsen-Anhalt	7	0	-7	1	3	2	-3
Schleswig-Holstein	6	9	3	7	9	2	0
Thüringen	3	7	4	5	8	3	-1
Ausland	0	1	1	4	6	2	-5
Gesamt	254	295	41	302	310	8	-15

2 BUNDESVERBAND

2.1.5.2 Ehrungen und Jubiläen

Ehrungen

BSK-Ehrenmedaille für Gerd Strombach

Am 23. November 2012 wurde im Rahmen der Delegiertenversammlung Gerd Strombach mit der höchsten Auszeichnung des BSK geehrt. Seit einigen Jahren verleiht der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. die BSK-Ehrenmedaille, mit der die besondere ehrenamtliche Arbeit und das Engagement von Mitgliedern gewürdigt wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich die Personen auf Bundesebene, im Landesverband bzw. der Landesvertretung, in einem Bereich, in einer Kontaktstelle oder einem weiteren Gremium für die Ziele des Verbandes einsetzen.



Gerwin Matysiak überreichte Gerd Strombach (rechts dahinter Edith Strombach) die Ehrenmedaille, die höchste Auszeichnung des BSK, für sein außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement

Von Bedeutung ist, dass sich die Nominierten mit ihrem Fleiß, ihrem Wissen, ihrer Erfahrung und ihrer Leidenschaft weit über das übliche Maß hinaus für andere Menschen und für ihren Verband engagieren.

Dr. Peter Münzberg Ehrenvorsitzender des LSKS

Am 17. November 2012 wurde Dr. Peter Münzberg, Vorsitzender des Landesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e.V. (LSKS) im BSK, von der Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Sachsen e.V. (LAG SH) einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des sächsischen Selbsthilfe-Dachverbandes berufen.

Mit dieser Ehrung würdigt die LAG SH sein mehr als 25-jähriges Selbsthilfeengagement im Freistaat. Als Gründungsmitglied, langjähriger Vorsitzender und stellv. Vorsitzender der LAG SH hat Dr. Münzberg durch sein umfangreiches Wirken einen maßgeblichen Anteil am Aufbau der Selbsthilfestrukturen in Sachsen und an ihrer Tätigkeit im Interesse behinderter und chronisch kranker Menschen.



Dr. Peter Münzberg bei der Berufung zum Ehrenvorsitzenden der LAG SH

In seiner ehrenamtlichen Tätigkeit stand und steht die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung, die Gestaltung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Behindertengruppen und ihren Vereinen sowie die Gestaltung konstruktiv-kritischer Kontakte zu den Fraktionen und Ausschüssen des Sächsischen Landtages, zur Staatsregierung und den Kommunalverwaltungen im Mittelpunkt.

Jubiläen der Untergliederungen

20 Jahre Bereich Hohenlohe-Franken

Der BSK-Bereich Hohenlohe-Franken feierte in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum. Hier in Krautheim, in der Stammregion des Vereins, begann der BSK-Gründer Eduard Knoll seine Vision zu verwirklichen, „für Menschen mit Körperbehinderung Wohnraum und Arbeitsplätze zu schaffen“, wie der BSK-Schatzmeister Friedrich Zumbusch auf der Feier in der Stadthalle Krautheim am 6. Oktober 2012 sagte. Zumbusch führte durch die Veranstaltung und begrüßte die Gäs-



Friedrich Zumbusch, BSK-Schatzmeister überreichte Andreas Martin, dem Vorsitzenden des Bereichs Hohenlohe-Franken, einen Scheck

te, darunter das Unternehmer-Ehepaar Reinhold und Carmen Würth, Christian von Stetten (MdB CDU), Arnulf von Eyb (MdB CDU), Willi Rudolf, Vorsitzender des BSK-Landesverbandes sowie Andreas Köhler, Bürgermeister der Stadt Krautheim – und natürlich der Vorsitzende des Bereichs Hohenlohe-Franken, Andreas Martin und seine Gattin Monika sowie weitere BSK-Mitglieder.

40 Jahre Bereich Schweinfurt

Sein 40-jähriges Bestehen feierte der Bereich Schweinfurt am 8. September 2012. Dazu konnte der Vorsitzende Kurt Cize unter den über 90 Mitgliedern und Freunden auch den Bundesvorsitzenden Gerwin Matysiak und den Landesvorsitzenden Friedrich Rieger begrüßen.

1972 etablierte sich die erste Vorstandschaft und das große Engagement zeigte bald Wirkung. Die Gruppe wuchs rasant an und erreichte Mitte der 80er Jahre ihren Höchststand mit 360 Mitgliedern. Zahlreiche Neigungsgruppen entstanden und boten den Mitgliedern neben den großen Vereinsfesten weitere Möglichkeiten zu sportlichen, geselligen und informativen Aktivitäten. Dazu zählen: Schwimmen, Kegeln, Schießen, Schach, Basteln, Kaffeeplausch, Rollstuhlwandern und Gruppengespräche, Theaterveranstaltungen, Besichtigungen und Vorträge. Und man konnte am Wochenende im Vereinsheim Natur und Sonne genießen.

40 Jahre Bereich Singen-Hegau

Ein Verein sprengt Barrieren – Selbsthilfe Körperbehinderter und Sozialstammtisch seit 40 Jahren. Am 12. Mai 2012 konnten die Mitglieder des Bundesverbands Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) und des Sozialstammtisches gemeinsam mit vielen regionalen Politikern auf 40 Jahre Arbeit für die Belange körperlich behinderter Menschen zurückgeblickt. Dazu passte das Motto des Jubiläums „Wir sprengen Barrieren“ bestens.

Der Stammtisch ist im BSK eine ganz wichtige Lobby für Menschen mit Behinderung geworden. Denn in vielen Fällen begleitet der Verband seine Mitglieder bis vor die Sozialgerichte, um Ansprüche durchzusetzen, die ihnen Behörden zunächst nicht zugestehen wollen. Das ist aber nur die eine Seite des Erfolgs dieses Vereins. Welchen Stellenwert die Singener Ortsgruppe hat, machten auch die Grußworte von Gerwin Matysiak als Bundesvorsitzender und Willi Rudolf als Landesvorsitzender aus Baden-Württemberg deutlich. Singen ist für den Bundesverband eine wichtige Bastion, in der immer wieder Besonderes geleistet wird. Besonders die Führer für „Barrierefreies Reisen“, die Klaus Wolf zum Beispiel für die Bodenseeregion in sehr viel akribischer Kleinarbeit immer wieder zusammengestellt hat, gelten als Vorbild für ganz Deutschland.



Gerwin Matysiak, BSK-Bundesvorsitzender (li.), überreichte dem Vorsitzenden des Bereichs Singen-Hegau, Dieter Dufner, einen Spendenscheck

Verdienstkreuz am Bande für Uwe Schneider

Dezember 2012: Der Hessische Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund, Staatsminister Michael Boddenberg, überreichte Uwe Schneider (BSK Hanau/Gelnhausen) anlässlich des Internationalen Tages des Ehrenamtes das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Seit einem Autounfall vor mehr als dreißig Jahren ist Uwe Schneider querschnittgelähmt. Als Vorsitzender der „Selbsthilfe Körperbehinderter Hanau/Gelnhausen e.V.“ (SHK), zu dessen ersten Vorsitzenden er im Jahre 2006 gewählt wurde, setzte sich der gebürtige Ronneburger maßgeblich für die Umsetzung des Bauvorhabens zur Erweiterung des Integrativen Wohnparks Erlensee ein.



Uwe Schneider (mi.) wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt

2 BUNDESVERBAND

2.1.6 Zentrale Dienste

Die Abteilung „Zentrale Dienste“ besteht aus den folgenden Bereichen:

- Verwaltung
- Buchhaltung
- Poststelle
- Gästezimmer
- Hausmeisterei
- Immobilien

Die barrierefreien Zimmer im Gästehaus des BSK e.V. wurden im Berichtsjahr bis Oktober von den Bewohner/innen des EKWZ genutzt. Sie waren für die Dauer der Bauphase des „Betreuten Wohnens“ hier untergebracht, dessen Eröffnung am 18. Oktober 2012 gefeiert wurde. Die Renovierung der Gästezimmer – u. a. die Erneuerung der Hilfsmittel in den Bädern und der neue Anstrich der Wände – hat im November begonnen und soll bis Mitte des nächsten Jahres fertiggestellt werden. Den seit Ende 2008 zur Verfügung stehenden und neu gestalteten Clubraum nutzen die Übernachtungsgäste auch im Berichtsjahr wieder als Aufenthalts- und Tagungsraum. Ebenfalls wurde dieser für interne und externe Veranstaltungen genutzt.

Neben dem Gästehaus hat der BSK 28 (davon 26 barrierefreie) Wohneinheiten, die an Privatpersonen vermietet sind – ohne Miet- und Pachtobjekte für die WfB und das EKWZ. Davon sind 20 Wohneinheiten an Menschen mit Behinderung bzw. an eine Schule für körperbehinderte Kinder vermietet. Die Schule für körperbehinderte Kinder ist im August

2012 ausgezogen, denn das Mietverhältnis war nur eine Übergangslösung bis zur Fertigstellung des neuen Schulgebäudes.

In einem der 4-Familien-Häuser wurden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt, u. a. die Umstellung der Heizung auf eine Gaszentralheizung sowie die Rundum-Erneuerung der Bäder und des Verputzes. Dank der Hilfe zweier Gruppen des Internationalen Bauordens mit insgesamt 15 europäischen Freiwilligen erstrahlt die Fassade des Gebäudes in neuem Glanz.

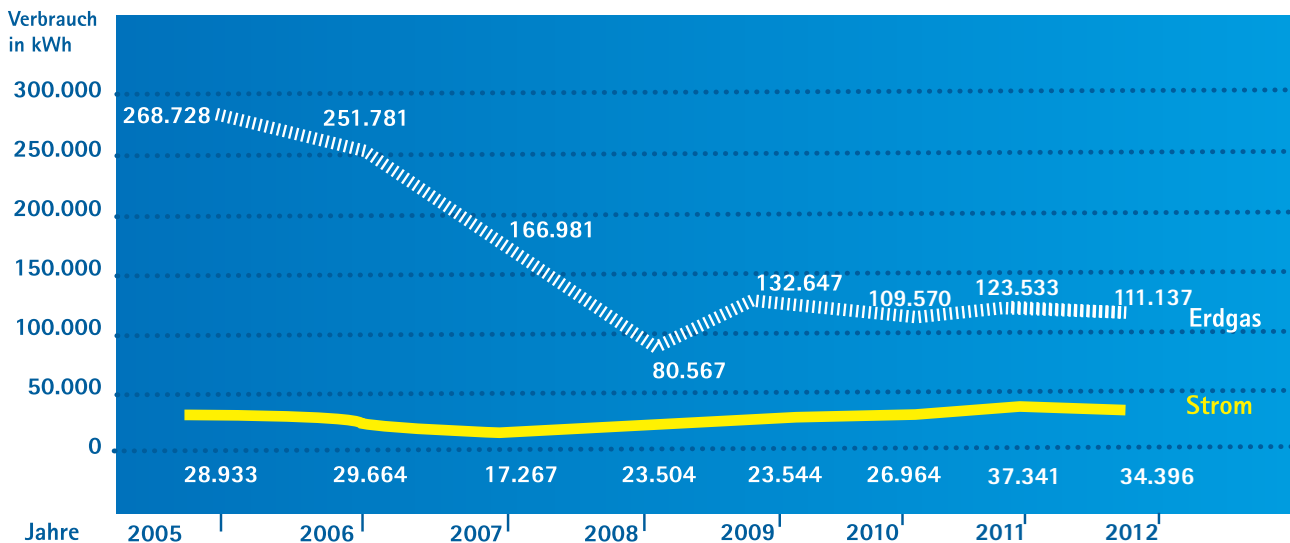
Der Neubau für Betreutes Wohnen auf dem Gelände der „Alten Mühle“ und des ehemaligen Hallenbades wurde im Oktober 2012 fertiggestellt und konnte bezogen werden.

Die Sanierungsmaßnahme für das Verwaltungsgebäude und Gästehaus im Jahr 2007 (Einbau neuer Fenster, Erneuerung der Gaszentralheizung, Wärmedämmung von Dach und Außenwänden) haben zu einer deutlichen Reduzierung des Energiebedarfs geführt, was mit einer entsprechend hohen Kosteneinsparung verbunden ist.



Mitglieder des Bauordens halfen beim Renovieren eines Hauses

Energieverbrauch 2005 bis 2012



2.1.7 BSK Repräsentanz Berlin

2.1.7.1 Fernbusse – Mobilität ist Menschenrecht

Durch Intervention des BSK wurde die ursprüngliche Liberalisierung der Fernbuslinien so verändert, dass stufenweise bis ins Jahr 2020 die volle Barrierefreiheit eingeführt wird. In gut drei Monaten nach der Öffnung des liberalisierten Fernbusmarktes im Jahr 2013 gibt es bereits 40 Anbieter mit 65 Linien auf dem deutschen Markt. Leider sind uns momentan nur zwei Anbieter bekannt, die auch barrierefreie Fernbusse einsetzen. Bereits im Jahr 2011 wurde die Liberalisierung des Personenbeförderungsgesetz (PBefG) gesetzlich vorbereitet.



Im Rahmen des Europäischen Protesttages von Menschen mit Behinderung präsentierte der BSK einen – angeblich technisch nicht möglichen – barrierefreien Fernbus. Der Bundesbehindertenbeauftragte Hubert Hüppe (2. v. l.) begutachtete den Bus (links neben ihm Monika Matschke, Vorsitzende des Landesverbands Berlin-Brandenburg, und rechts der BSK-Bundesvorsitzende Gerwin Matysiak)

Januar: Referentenentwurf ohne Berücksichtigung von Barrierefreiheit.

August: Verabschiedung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Liberalisierung der Fernbuslinien ohne Berücksichtigung von Barrierefreiheit; Anschreiben an die behindertenpolitischen Sprecher/innen der Bundestagsfraktion mit der Bitte um Stellungnahme.



Podiumsdiskussion des BSK im Scandic Hotel in Berlin zum Thema „Fernbusrichtlinie“. (v.l.: Stephan Kühn, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Beate Winzer, sozialpolitische Referentin des BSK, Sören Bartol, MdB (SPD), Gerwin Matysiak, BSK-Bundesvorsitzender)

Dezember: Beteiligung am Workshop Fernbusliberalisierung der DB Regio Bus.

Im Jahr 2012 hat der BSK die Barrierefreiheit auf die Fernbuslinien als sein Schwerpunktthema festgelegt und eine politische Kampagne dazu installiert.

Februar: Teilnahme von Heike Witsch (BSK-Expertin für barrierefreien ÖPNV) als Sachverständige bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Verkehr; dort ist die Aussage



Demonstration in Berlin: Der BSK-Bundesvorsitzende Gerwin Matysiak forderte in seiner Rede die Umsetzung gesellschaftlicher Teilhabe

gefallen, dass es technisch nicht möglich sei, barrierefreie Fernbusse zu bauen.

- Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Bundestag ohne Berücksichtigung von Barrierefreiheit
- Intervention bei den Bundesländern durch den BSK

März: Zurückweisung des Gesetzentwurfes durch den Bundesrat.

27. April: Im Rahmen des Europäischen Protesttages von

2 BUNDESVERBAND

Menschen mit Behinderung findet eine Demonstration vor dem Brandenburger Tor statt: „Mobilität ist Menschenrecht“. Dabei präsentiert der BSK einen barrierefreien Fernbus und widerlegt damit die Aussage, dass dies technisch nicht möglich sei.

April/Mai: Unterschriftensammlung für Petition für mehr Barrierefreiheit auf den Fernbuslinien mit Beteiligung der BSK-Untergliederungen. Es werden insgesamt 3.000 Unterschriften gesammelt.

Mai/Juni: Gespräche mit den behindertenpolitischen Sprecher/innen der Bundestagsfraktionen.

14. September: Vorstellung der überfraktionellen Einigung durch die beiden Abgeordneten Stephan Kühn, MdB (Bündnis90/DIE GRÜNEN) und Sören Bartol, MdB (SPD) im Rahmen von „BSK im Dialog“: die Barrierefreiheit auf den Fernbuslinien wird schrittweise bis zum Jahr 2022 eingeführt.

2. November: Der Bundesrat beschließt das PBefG: Ab dem Jahr 2016 müssen für Fernbusse, die erstmals zum Verkehr zugelassen werden, und nach dem Ablauf des 31. Dezember 2019 für alle Fernbusse, mindestens zwei Plätze für Rollstuhlfahrer/innen vorgehalten werden.

In die Konzeptentwicklung ist eingeflossen, dass betroffene Menschen selbst als Berater/innen und Interessenvertreter/innen auftreten („Nichts über uns ohne uns“). Dabei ist uns wichtig, dass der Transfer zwischen Theorie bzw. den gesetzlichen Grundlagen und der Praxis gemeinsam mit den beteiligten Akteuren nachhaltig umgesetzt wird.

Im Bereich der Fernbuslinien hat sich der BSK als erster Ansprechpartner für Politik und Buslinienbetreiber etabliert. Diese Rolle wollen wir zukünftig weiter als Ratgeber, aber auch als Kontrolleur bei der Umsetzung von Barrierefreiheit in den Fernbussen wahrnehmen.



Der Bundesbehindertenbeauftragte Hubert Hüppe (li.) und Gerwin Matysiak, BSK-Bundesvorsitzender mit einer Karikatur zum BGG-Jubiläum

2.1.7.2 10 Jahre BGG

Veranstaltung im November 2012 im Kleisthaus: „In Zukunft barrierefrei?!“

In einer gemeinsamen Veranstaltung des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, und dem Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) diskutierten am 29. November 2012 Verbandsvertreter/innen und Experten/innen mit betroffenen Menschen über die Zukunft des Bundesgleichstellungsgesetzes (BGG). In fünf Workshops wurden die Themen Zielvereinbarungen, Verbandsklagerecht, Frauen mit Behinderung, barrierefreie Verkehrsmittel und Informationstechniken erörtert. Ziel war es, die Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre seit der Einführung des BGG zusammenzutragen und in die künftige Behindertenpolitik einfließen zu lassen.



2.1.7.3 Politische Stellungnahmen

Der BSK wurde zu zahlreichen Gesetzentwürfen bzw. gesetzlichen Verordnungen/Vorhaben um Stellungnahme gebeten. Aus der Vielzahl der Anfragen wurden folgende Stellungnahmen abgegeben, die vor allem die Schwerpunkte der Arbeit des BSK betreffen:

Artikel 8 „Bewusstseinsbildung“ UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)

- Mitarbeit in der Allianz zur UN-BRK
- Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
- Stellungnahme zu Art. 29 UN-BRK (Recht auf Wahlen)
- Verordnung zur Neufassung der Verordnung über die Erteilung einer Verwarnung, Regelsätze für Geldbußen und die Anordnung eines Fahrverbotes wegen Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr (BKatV)
- Barrieren beim Zugang zum Recht beim Deutschen Institut für Menschenrechte
- Umsetzung der UN-BRK in den Schulen in NRW in Verbindung mit Artikel 24 UN-BRK
- Inklusion durch Kunst & Kultur
- Teilnahme am Aufruf „Arbeitsmarktpolitik für alle“ in Verbindung mit Artikel 27 UN-BRK

Artikel 25 „Gesundheit“ UN-BRK

- Maßnahmen und Weiterentwicklung der Pflegestandards

- Aktionsplan der gesetzlichen Unfallversicherung zur Umsetzung der UN-BRK über die Rechte von Menschen mit Behinderung
- International Classification for Functioning, Disability and Health (ICF)
- Aktionsplan des Deutschen Verbandes der Ergotherapeuten zur UN-BRK
- Pflegetransparenzvereinbarung
- Patientenrechtegesetz
- Stellungnahme Qualitätssicherungs-Richtlinien Qualitätsprüfung QS-Ri QP
- Änderung der Zulassungsempfehlung bei Heilmittelleistungen

Artikel 9 „Barrierefreiheit“ UN-BRK

- RAL Gütezeichen
- Neugestaltung des Schwerbehindertenausweises
- Fernbusrichtlinie: Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)
- Zielvereinbarung barrierefreie Dienstleistungen des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg
- Ostdeutsche Eisenbahn (ODEG)
- Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr
- Barrierefreie Gestaltung von Jugendherbergen in Rheinland-Pfalz
- Selbsthilfeförderung der gesetzlichen Krankenkassen (GKV)/Leitfaden zur Selbsthilfeförderung
- Spezifikation für einen patientenbezogenen Medikationsplan
- Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den ÖPNV im Hohenlohekreis
- Sanierung Dorfgemeinschaftshaus Altkrautheim
- Assistenzpflegebedarf im Krankenhaus
- Begleitung BMVBS-Forschungsprojekt „Schnittstelle Gehweg/Straße“
- BKB-Projekt barrierefreie Bankautomaten

Personal

Der sozialpolitische Referent Maik Nothnagel ist im Sommer 2012 in den Thüringer Landtag nachgerückt. Aus diesem Grunde wurde Maik Nothnagel bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2014 als hauptamtlicher Mitarbeiter freigestellt. Als Nachfolgerin von Maik Nothnagel wurde ab September 2012 Beate Winzer eingestellt. Nach intensiven Gesprächen mit Beate Winzer und sorgfältiger Prüfung der Gegebenheiten hat sich der vertretungsbeauftragte Bundesvorstand für eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses während der Probezeit entschieden.



Maik Nothnagel

2.1.8 Gesundheitspolitik

Heidi Hauer – BSK-Vertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss

Heidi Hauer ist für den BSK im Gemeinsamen Bundesausschuss tätig. Seit 2009 arbeitet sie dort im Unterausschuss „Veranlagte Leistungen“ mit. Dieser ist zuständig für die Erarbeitung von Richtlinien für Heil- und Hilfsmittel, Richtlinien in der häuslichen Krankenpflege und verschiedenen anderen Bereichen. Der Gemeinsame Bundesausschuss ist das mächtigste Gremium der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Er hat die Aufgabe, die gesetzlichen Vorgaben der Bundesregierung in Richtlinien zu fassen. Hintergrund ist, dass der Gemeinsame Bundesausschuss als eigenständige Organisation arbeitet, um die Gesetzesvorgaben in die Versorgungspraxis umzusetzen. Damit kann dann z. B. jeder Kassenmitarbeiter/ jede Kassenmitarbeiterin, jede niedergelassene Ärztin bzw. jeder niedergelassene Arzt mit diesen neuen Gesetzesvorgaben in der Versorgung der Patienten (z. B. Hilfsmittelversorgung) besser arbeiten; das Gesetzesvorhaben wird an die Versorgungspraxis angepasst. Falls es später Probleme in der Praxis bei der Versorgung von Patienten/Patientinnen gibt, kann der Gemeinsame Bundesausschuss bei Beratungsbedarf nachbessern.



Heidi Hauer

Heidi Hauer ist berufen, die Aufgabe und Funktion als Sprecherin der Patientenvertretung im Unterausschuss „Veranlagte Leistungen“ wahrzunehmen. Die Patientenvertretung hat im Gemeinsamen Bundesausschuss Antrags- und Beratungsrecht, aber kein Stimmrecht. Die Spitzenverbände der Krankenkassen und die Spitzenverbände der Leistungserbringer – z. B. Kassenärztliche Bundesvereinigung, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und Deutsche Krankenhausgesellschaft – haben Stimmrecht. Gleichzeitig sind sie auch Träger des Gemeinsamen Bundesausschusses.

Die Patientenvertretung hat Möglichkeiten, ihre Interessen einzubringen indem sie jeweils einen der beiden Träger des Gemeinsamen Bundesausschusses überzeugt, die Interessen der Patientenvertretung aufzunehmen bzw. zu übernehmen. Beispielhaft wird das an der Heilmittelrichtlinie (ABC Heilmittelrichtlinie) deutlich. Wir, die Patientenvertretung, haben nunmehr fünf Jahre an der Neufassung der Heilmittelrichtlinie mitgearbeitet.

Die Broschüre ABC Heilmittelrichtlinie hat Heidi Hauer ehrenamtlich erstellt. Die Broschüre soll den Menschen mit Behinderung aufzeigen, welche Möglichkeiten sie haben, zum Beispiel das Heilmittel Krankengymnastik zu erhalten. Zu neuen gesundheitspolitischen Themen – zum Beispiel

2 BUNDESVERBAND

zu Zulassungsempfehlungen für eine krankengymnastische Praxis oder zum Pflegeordnungsgesetz – erstellte Heidi Hauer als Beauftragte für die Gesundheitspolitik des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e. V. Stellungnahmen gegenüber den zuständigen Gremien. Gemeinsam mit Verena Gotzes, stellvertretende Bundesvorsitzende des BSK, arbeitete sie in der AG Teilhabe mit, um die Inklusion und die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Rahmen der Zusammenarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Chronisch Kranker und deren Angehörige zu unterstützen.

2.1.9 Projektarbeit

Reiseassistenz-Workshop

Gefördert durch Aktion Mensch
siehe 2.3.2



Einüben von Pflorgetechniken während des Reiseassistenz-Workshops

ABC Heilmittelrichtlinie

Auf der REHACARE 2012 in Düsseldorf wurde die Neuauflage der Broschüre ABC Heilmittelrichtlinie vorgestellt. Die Broschüre wurde von der Beauftragten für Gesundheitspolitik, Heidi Hauer, in ehrenamtlicher Arbeit erstellt und durch die GlücksSpirale gefördert.



Projekte zum 5. Mai

Bayern – Bereich Augsburg

Infostand beim Fachtag für Menschen mit Behinderung im Fritz-Felsenstein-Haus in Königsbrunn am 5. Mai 2012.



Infostand des BSK-Bereichs Augsburg

Bayern – Behinderten-Kontaktgruppe Memmingen

Der Memminger Behindertenbeirat macht auf verschiedene Formen von Barrieren aufmerksam: „In den Köpfen muss etwas passieren“. Weil sie Barrieren abbauen wollen, protestierten die Mitglieder des Memminger Behindertenbeirats in der Fußgängerzone.

Saarland –

Landesvertretung und Kontaktstelle Saarbrücken

Aktionen in Saarbrücken zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Sachsen – Stadtverband Dresden

Rund 500 Menschen setzen auf der Prager Straße ein Zeichen „Dresdner Vielfalt – in Bewegung bleiben!“ Die Veranstaltung zum 5. Mai war ein voller Erfolg.



Szene während der 5. Mai-Aktion „Dresdner Vielfalt – in Bewegung bleiben“

Schleswig-Holstein –

Kontaktstelle Itzehoe und Umgebung

Mit Unterstützung der Mitglieder der Bezirksgruppe des Blinden- und Sehbehindertenvereins fanden Aktionen zum 5. Mai 2012 statt.

Thüringen – Landesvertretung Thüringen

Im Rahmen einer Veranstaltung auf dem Rudolstädter Marktplatz wurden Unterschriften für den barrierefreien Fernbusverkehr gesammelt.

Veranstaltung

**„Mehr Partizipation durch mehr Information“
Schulungen zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) für behinderte Multiplikator/innen am 12. und 13. Juli 2012 bei der SHK Göttingen e.V. und vom 7. bis 8. September 2012 beim LSKS in Dresden**



Der Workshop wurde im Rahmen des Projekts „Behinderung neu denken“ von Dr. Sigrid Arnade und Eileen Moritz (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V. – ISL) in Zusammenarbeit mit dem BSK durchgeführt. Die Veranstaltung wurde finanziell unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Aktion Mensch.

Zum Inhalt: Das „Menschenrechtsübereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“, kurz die Behindertenrechtskonvention (BRK), wurde im Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet. Nach Zeichnung und Ratifikation durch die Bundesrepublik Deutschland ist die BRK seit dem 26. März 2009 geltendes Recht in Deutschland, allerdings ohne Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung. Die Bundesrepublik hat sich mit der Ratifizierung verpflichtet, legislative und sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um die Vorgaben der BRK zu erfüllen. Die Organisationen behinderter Menschen wissen zwar um die Behindertenrechtskonvention und haben unter anderem auf Konferenzen einen erheblichen Handlungsbedarf ermittelt und formuliert. Dennoch besteht nach wie vor Aufklärungsbedarf bei vielen Multiplikator/innen mit Behinderung vor Ort.

Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten für einen barrierefreien Praxisalltag

In einem durch das Bundeskompetenzzentrum für



Barrierefreiheit (BKB) geförderten Projekt sollen Ärztinnen und Ärzte für einen barrierefreien Praxisalltag sensibilisiert werden. Das Projekt, das gemeinsam mit der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) e.V. durchgeführt wurde, musste vorerst eingestellt werden, da die Finanzierung des BKB zum Jahresende ausgelaufen ist.

Jugendschulung

Die Arbeitstagung „Jugendgewinnung – qualifizierte Jugendarbeit“ fand vom 16. bis 18. März 2012 in Berlin im Haus Rosemarie Reichwein der Spastikerhilfe Berlin e.V. statt. Anwesend waren neben den sieben Referenten/innen 14 Teilnehmende. Drei der Teilnehmenden waren mit ihrer Assistenz angereist.



Folgende Themen wurden durch Referenten vorgetragen und in der Gruppe erarbeitet:

- Der Weg vom Almosen hin zur gesellschaftlichen Teilhabe (BSK)
- Jeder kann sich wehren/Selbstverteidigung (Kae-In-Sog-In)
- Da bewegt sich was/Rollstuhltraining (DRS)
- Ohne Moos nix los (DPWV)

Barrierefreier Zugang zum Recht

Wer von Diskriminierung betroffen ist, kann sich vor Gericht wehren.



Für viele Menschen ist das nicht selbstverständlich. Das zeigte die

www.institut-fuer-menschenrechte.de

Veranstaltung am 12. September 2012 „Barrieren beim Zugang zum Recht und die besondere Rolle der Anwaltschaft beim Schutz vor Diskriminierung“ am Deutschen Institut für Menschenrechte, die auf reges Interesse bei Verbänden und Selbsthilfeorganisationen stieß.

Um ein politisches und gesellschaftliches Signal beim Zugang zum Recht geht es bei der so genannten Verbandsklage. Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) hat bereits Erfahrungen damit gemacht und zieht eine durchwachsene Bilanz. Problematisch seien unter anderem die kurzen Fristen, die Selbsthilfeorganisationen oft an Grenzen brächten, wie der Geschäftsstellenleiter Ulf-D. Schwarz erläuterte. Außerdem bestehe das Risiko, dass sich ein Verband mit der Klage finanziell übernehme. Letzteres könne man verhindern, wenn Verbände Prozesskosten gemeinsam schulterten. „Um die Möglichkeiten der Verbandsklage auszuschöpfen, sollte das Instrument verbandsübergreifend genutzt werden“, schlug Ulf-D. Schwarz vor. Hilfreich wäre zudem eine Beratungsstelle, die den Verbänden in Gerichtsverfahren zur Seite stehen kann. Dies gelte auch für die so genannte Verbraucherschutzklage, die ebenso wie Verbandsklagen Verfahren nach dem AGG ermöglichen. Der BSK hat sich beim Bundesamt für Justiz dazu als Einrichtung eintragen lassen, was Voraussetzung für die Nutzung dieses Rechtsinstruments ist.

Menschen mit Behinderung im Bundestag

Im Oktober 2012 fand die fraktionsübergreifende Veranstaltung „Menschen mit Behinderung im Deutschen Bundestag“ statt. Auf Anregung der Fraktionen wurden aus dem gesamten Bundesgebiet 299 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ins Paul-Löbe-Haus neben dem Reichstag eingeladen. Darunter waren auch sechs Vertreter/innen des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK): der BSK-Bundesvorsitzende Gerwin Matysiak, Willi Rudolf, Vorsitzender des Landesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter Baden-

2 BUNDESVERBAND

Württemberg e.V., Elke und Peer Maßmann, Christina Fuchs, Andreas Braun und Geschäftsstellenleiter Ulf-D. Schwarz.

Nach einem Fehlstart im vergangenen Jahr sollten jetzt 100 Bereitschaftshelfer/innen vom Technischen Hilfswerk den



BSK-Vertreter/innen auf der fraktionsübergreifenden Veranstaltung „Menschen mit Behinderung im Deutschen Bundestag“

reibungslosen Ablauf der Veranstaltung sicherstellen. Nicht allen Teilnehmenden war dieser Aufmarsch angenehm, aber offenbar war es Voraussetzung, um den Forderungen des Brandschutzes gerecht zu werden.

Bundestagspräsident Norbert Lammert eröffnete den Reigen der Begrüßungsreden. Er wies auf die breite Beteiligung hin und berichtete, dass auf der Homepage „Bundestag.de“ ein Bereich in leichter Sprache verfügbar gemacht werde.

Leitfaden „Barrierefreiheit im Straßenraum“ 2012

Manfred Liebig hat für den BSK bei der Erstellung des Leitfadens „Barrierefreiheit im Straßenraum“ des Landesbetriebes Straßenbau Nordrhein-Westfalen mitgewirkt, um den öffentlichen Straßenraum für alle Bürgerinnen und Bürger möglichst barrierefrei zu gestalten.



2.2 LANDESVORBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

2.2.1 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Baden-Württemberg e.V.



Auch im zurückliegenden Jahr 2012 hat sich der Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Baden-Württemberg (LSK) mit vielfältigen Aktivitäten für die Belange von Menschen mit Behinderung eingesetzt.

So verstärkte der LSK seine sozialpolitische Arbeit auf Landesebene und über seine aktiven Bereiche auch vor Ort in der Kommunalpolitik. Die Mitwirkung in vielen Gremien und bei zahlreichen Veranstaltungen sorgt dafür, dass die Belange körperbehinderter Menschen mehr und mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und ihrer Entscheidungsträger gelangen.

Die demografische Entwicklung der kommenden Jahre wird uns alle vor große Herausforderungen stellen. Als Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter wollen wir schon heute unsere Erfahrungen einbringen und gemeinsam an einer barrierefreien Gesellschaft mitarbeiten. Schwerpunkte unserer Arbeit sind heute schon die Bildung bzw. Ausbildung und auch die Beschäftigung behinderter Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Barrierefreiheit im allgemeinen Sinne, nicht nur die öffentlichen Gebäude oder der Nahverkehr sind hier gemeint, auch bei den kulturellen Einrichtungen oder touristischen Attraktionen muss die Barrierefreiheit zur Selbstverständlichkeit gehören.

Dies alles bedeutet für uns Jahr für Jahr eine große Leistung, da nach wie vor sämtliche Mitglieder des LSK ehrenamtlich und unentgeltlich mitarbeiten. Zur Verwirklichung dieser Ziele haben wir bei zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen, in Gremien und in Beratungsgesprächen mitgearbeitet und den LSK BW vertreten.

Neben der regulären Verbandsarbeit waren die Schwerpunkte im Berichtsjahr 2012:



Willi Rudolf (re.) beim Neujahrsempfang von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen)

- Neujahrsempfang bei Ministerpräsident Winfried Kretschmann
- Teilnahme des LSK BW an einer Podiumsdiskussion im Landtag zum Thema Inklusion
- Barrierefreie Pfahlbauten in Unteruhldingen: Besprechungen und Praxistests mit Studenten/innen der Museumspädagogik in Tübingen
- Teilnahme von Willi Rudolf an der Gesundheitskonferenz im Landratsamt Tübingen zum Thema barrierefreien Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen
- Arbeitsgespräch mit Vorstandsmitgliedern der Senioren-Clubs. Hierbei wurde insbesondere die Möglichkeit der Zusammenarbeit im Bereich Barrierefreiheit angesprochen



Marlene Kurz und Willi Rudolf sprechen am Schalter mit einem Mitarbeiter der Deutschen Bahn

- Zielvereinbarung für barrierefreie Gebäude/Technik mit der Landesbank Baden-Württemberg. In Zusammenarbeit mit anderen Behindertenverbänden, insbesondere auch mit Sinnesbehinderten (blinden und gehörlosen Menschen) haben wir den Entwurf für eine Zielvereinbarung zur Barrierefreiheit erarbeitet
- Teilnahme des LSK BW an den Jubiläen „40 Jahre BSK Bereich Singen“ und „20 Jahre BSK-Bereich Hohenlohe“
- Am Empfang des Bundespräsidenten Joachim Gauck am 1. Juli 2012 im Schloss Bellevue nahm das Ehepaar Rudolf teil
- Teilnahme am Partnergespräch der Sozialministerin im Rosenstein-Schlosspark, Stuttgart
- Teilnahme am Günter-Frühholz-Gedächtnislauf in Hechingen. Die Bürgermeisterin Dorothea Bachmann testete persönlich den BSK-Rollstuhlparcours
- Beim Aktionstag auf der Landesgartenschau in Nagold war der LSK BW mit einem Infostand vertreten

Homepage: www.lsk-bw.de

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

2.2.2 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Bayern e.V.



Der Landesverband Bayern der Selbsthilfe Körperbehinderter ist – als Träger der Behinderteneinrichtung Haus Hahnenkamm in Heidenheim – voll in die Öffentlichkeitsarbeit und Außendarstellung des Hauses integriert. Wir stellen uns bei regionalen und überregionalen Veranstaltungen und Messen vor, um zusammen mit der Heimleitung unseren Bekanntheitsgrad zu steigern und eine befriedigende Belegungssituation zu erreichen.

Leider ist unser Landesschatzmeister Reinhold Scherm aus Hof verstorben. Die Suche nach einem entsprechenden Nachfolger oder einer Nachfolgerin war schwierig und es waren dabei viele Gespräche mit geeigneten Kandidaten erforderlich. Die Position ist inzwischen durch Helga Pflichtenhöfer aus Königsbrunn wieder besetzt.

- Teilnahme an Veranstaltungen des Bundesverbandes wie dem Treffen mit den Landesvorsitzenden oder der Bereichsleitertagung
- Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Parteien im Landtag, u. a. am Werkstattgespräch Selbsthilfe in Bayern sowie Kontaktpflege zu Landkreisen, Städten und deren Behindertenbeauftragten
- Teilnahme an Veranstaltungen des Paritätischen sowie der LAG, zum Beispiel am Tag der Menschen mit Behinderung
- Besuch von Bereichen und Unterstützung bei diversen Aktionen, die von den Bereichen durchgeführt wurden

Homepage: www.bsk-lvbayern.de

2.2.3 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.



Die Reha-Messe „Miteinander Leben“ in Berlin nahm in diesem Jahr keinen guten Verlauf. Schon bei der Organisation gab es große Probleme und die Besucherzahlen gingen zurück. Ganz anders die IRMA in Bremen, die Monika und Ernst-Helmut Matschke privat besuchten. Es waren mehr Aussteller mit Hilfsmitteln und Besucher dort, die Atmosphäre und die Besucherzahlen waren sehr gut. Auch war der Standort sehr gut gewählt.

Eine Demonstration am 27. April 2012 in Berlin vor dem Brandenburger Tor „Mobilität ist Menschenrecht!“ rief uns alle auf den Plan. Bei herrlichem Sonnenschein nahmen tausende behinderte und nichtbehinderte Menschen an der Demonstration teil. Ein barrierefreier Reisebus, den der BSK

organisiert hatte, war ein Publikumsmagnet. Viele Rollstuhlfahrer/innen ließen sich mit der Hebebühne des Busses rein- und raustransportieren. Für einige war es das erste Mal.

Die Satzungskommission des Landesverbandes Berlin-Brandenburg erarbeitete in mehreren Sitzungen eine neue Satzung, die 2012 verabschiedet wurde. Auf der jährlichen Mitgliederversammlung wurde über die neue Satzung abgestimmt. Die Eintragung der neuen Satzung erfolgte im November 2012 und ist damit rechtsgültig. Der Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. nennt sich jetzt: „BSK Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Berlin e.V.“.

Im Juni war in der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin eine Tagung zum Thema: „Daheim statt Heim“. Dort wurde u. a. über den Aufenthalt behinderter Menschen in ihrer gewohnten Umgebung diskutiert.

Wir besuchten die Geschäftsstelle der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V. (LVS), mit der wir gut zusammenarbeiten. Andreas Kuhnert vertritt dort den BSK Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. im Vorstand.

An den Mitgliederversammlungen der LVS nahmen regelmäßig Monika und Ernst-Helmut Matschke sowie Thomas Hanig teil.

Bei der Mitgliederversammlung der LVS im Oktober wurde Beate Hübner mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Auch in diesem Jahr hatten wir auf dem Gesundheitstag in Köpenick einen sehr gut besuchten Stand. Es werden auch Informationen und Erfahrungen mit anderen Verbänden und Organisationen ausgetauscht.

Der BSK-Bereich Hohenlohe-Franken feierte im Oktober sein 20-jähriges Jubiläum. Auf Einladung des Vorsitzenden Andreas Martin besuchten Monika und Ernst-Helmut Matschke die Veranstaltung.

Am 17. Oktober war in der Villa Donnersmarck eine Veranstaltung zum Thema: (Wie) werden Menschen mit Behinderung morgen beschäftigt sein? Moderator Sean Bussenius, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Initiativen und Institutionen diskutierten mit dem Publikum über die aktuelle Situation, gesetzliche Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven für mehr chancengleiche Beschäftigung von Menschen mit Behinderung.

Im Kleisthaus war eine große Veranstaltung zum 10-jährigen Jubiläum des Behindertengleichstellungsgesetzes. Wir nahmen an mehreren Workshops teil. Vom BSK referierte Heike Witsch zum Thema: Barrierefreiheit bei Bahn und Bus, vor allem in ländlichen Gebieten. In den Pausen war Gelegenheit sich mit Politikern und Freunden zu unterhalten.

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

Eine zweitägige Arbeitstagung war im Haus Reichwein zu den Themen: Junge Menschen in der Selbsthilfe, qualifizierte Jugendarbeit im BSK und Mitgliederwerbung. Während der Tagung war auch die Selbstverteidigung ein Thema, das auch praktisch dargestellt wurde. Wir trafen uns auch mehrmals mit Beate Winzer, der Repräsentantin des BSK in Berlin, zu Gesprächen, von denen beide Seiten profitierten.

Mitglieder des Landesverbandes Berlin-Brandenburg nahmen regelmäßig am „BSK im Dialog“ teil, die vom BSK-Bundesvorstand organisiert werden.

Einige Vorstandsmitglieder nehmen regelmäßig an den Sitzungen in den Behindertenbeiräten in den Bezirken teil. Andrea Stahmann vertritt den BSK in der AG Bauen und Verkehr beim Senat.

Es finden regelmäßig unsere monatlichen Mitgliedertreffen statt. Wir versuchen auch, sechsmal unsere Infos zu veröffentlichen, was immer schwieriger wird.

Das Ehepaar Matschke nahm an folgenden Veranstaltungen des Bundesverbandes teil: Bereichsleitertagung, Landesvertretertagung, Schulung Nord und der Delegiertenversammlung in Duderstadt.

An unserer Jahresabschlussfeier nahmen viele Mitglieder teil. Bei Speisen und Getränken wurde über Erlebnisse im Jahr und über Wünsche für 2013 gesprochen. Freunde trafen sich wieder, Fragen wurden beantwortet. Als Gäste begrüßten wir Franziska Müller von der LVS Antidiskriminierungsstelle zu Alter und Behinderung und Familie Strombach, die viele Freunde in unserem Landesverband herzlich begrüßten.

2.2.4 BSK e.V. Landesvertretung Hessen



Teilnahme an Sitzungen und Seminaren der Diakonie (Soziale Gerechtigkeit in Hessen), der Behindertenbeauftragten des Landes Hessen, des Behindertenbeirates des Main-Kinzig-Kreises, der Bereichsleitertagung, der Schulung des Bundesverbandes, des Hauptausschusses, der Selbsthilfe-Kontaktstelle (Sekos) Main-Kinzig-Kreis.

Aktive Mitarbeit im Arbeitskreis barrierefreier ÖPNV des Rhein-Main-Verkehrsverbundes, Bereich Hanau/Gelnhausen/Vorstand, Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft chronisch Kranker und Behinderter, Arbeitskreis für barrierefreies Reisen in Marburg, im Projekt Sicher Mobil RFID Melsungen sowie in der Patientenvertretung und Beratung der GKV.

Teilnahme an der Bearbeitung des Imagefilmes für den BSK, Veranstaltungen im Main-Kinzig-Kreis mit dem VDK und des Landesverbandes Multipler Sklerose Kranker; Eröffnung der BSK Kontaktstelle Bad Nauheim.

Weitere Aktionen: Telefonische Beratungen, E-Mail-Berantwortungen, Beratungen im persönlichen Umfeld und in der Gemeinde, BSK-Info-Stand auf dem Hessentag und auf Gesundheitstagen in der Region, Kontakte zu anderen Behindertengruppen und Landesverbänden, BSK-Flyer und LEBEN&WEG wurden in Reha-Zentren und Krankenhäuser verteilt.

Weiterhin wird an Gründungen von weiteren Kontaktstellen und Untergliederungen in Hessen gearbeitet.

2.2.5 BSK e.V. – Landesvertretung Niedersachsen



- 25. Januar 2012: Teilnahme an der Mitgliederversammlung des BSK Hannover u. U. e.V. mit Ehrung langjähriger Mitglieder. (Gerwin Matysiak, Erhard Hentschel, Gerd Strombach)
- 3. März 2012: Fit + Vital Gesundheitsmesse Stadthalle Osnabrück
- 4. März 2012: (3 Tage, BSK-Info-Stand, Edith und Gerd Strombach)
- 12. März 2012: Arbeits-Treffen Landesvertretung Niedersachsen in Hannover wegen Nachfolge in der Leitung der Landesvertretung ab 2013. (Erhard Hentschel, Gerwin Matysiak, Gerd Strombach)
- 16. März 2012: BSK-Schulung-Jugend in Berlin (Gerd Strombach)



v.l.n.r.: Gerd Strombach (bisherige Stellvertretung Nordwest), Thomas Harms (Leiter der Landesvertretung ab 2013) und Gerwin Matysiak (bisheriger Leiter)

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

- 29. bis 31. März 2012: Treffen der Vorsitzenden/Leiter der BSK-Landesverbände/-vertretungen in Duderstadt (Gerwin Matysiak)
 - 11. April 2012: Arbeitstreffen Landesvertretung Niedersachsen in Hannover – Konzepterstellung für ein Landesseminar im Frühjahr 2013 – (Erhard Hentschel, Gerwin Matysiak, Gerd Strombach)
 - 4. bis 6. Mai 2012: BSK-Schulung Nord in Duderstadt (Gerwin Matysiak, Gerd Strombach)
 - 2. Juni 2012: Teilnahme an der IRMA-Messe Bremen (Gerwin Matysiak, Gerd Strombach)
 - 20. Juni 2012: Arbeits-Treffen Landesvertretung in Hannover – Diskussion und Abstimmung über Seminarkonzept (Erhard Hentschel, Gerwin Matysiak, Gerd Strombach)
 - 15. November 2012: Landestreffen der BSK-Untergliederungen Niedersachsens in Hannover
 - 3. Dezember 2012: Arbeits-Treffen in Hannover (Erhard Hentschel, Gerwin Matysiak, Gerd Strombach)
 - Teilnahme an sechs Sitzungen des Landesbehinderterbeirates im Sozialministerium Hannover (Gerd Strombach)
 - Teilnahme an acht Sitzungen der Zulassungsausschüsse der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigung in Osnabrück und Hannover (Die Patientenvertreter Gerd Strombach und Erhard Hentschel)
- Elsa-Krauschitz-Stiftung; Teilnahme an Gesprächsrunde ÖPNV (Bogestra) in Bochum
- September: Treffen der LAG-Fachkonferenz Bauen, Wohnen, Verkehr in Essen; Begutachtung der Aufzüge im Rathaus Herne; Mitgliederversammlung BSK-Behinderten-Wohnzentrum Aachen
 - Oktober: LAG-Geschäftsführerkonferenz in Dortmund; Standdienst auf der REHACARE Düsseldorf; BSK-LV NRW Sitzung auf der REHACARE mit Wahl eines neuen Kassenwartes; Fachtagung des MAIS in Essen, Vorstellung des Landesaktionsplanes NRW
 - November: BKB-Fachforum der Uni Kassel; Fachforum in der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen e. V. (STUVA) in Köln; Sitzung Kuratorium/Vorstand Elsa-Krauschitz-Stiftung in Duderstadt; Sitzung zur Bildung eines Inklusionsbeirates im Rahmen des Aktionsplanes der Landesregierung zur Umsetzung der UN-BRK/Stellvertretung für den Bereich Körperbehinderung des Inklusionsbeirates der Landesregierung NRW

2.2.6 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Nordrhein-Westfalen



Im Team der Landesvertretung NRW hat es durch den Tod von Ditmar Keggenhoff eine Veränderung gegeben. Im Oktober wurde der Kassenwart Heinz Hares neu gewählt.

Folgende Tätigkeiten wurden 2012 ausgeführt:

- Februar: Besuch der Fa. Klostermann, Coesfeld, Test des modifizierten EASY-Cross Bordes 2.0
 - März: Besuch des Gründungstreffens der Kontaktstelle Kassel in Oberkaufungen; Sitzung des Landesbehinderterbeirates, aufgenommen als Vertretung für die Körperbehinderten zusammen mit einer Vertreterin des Verbandes der Mehrfachbehinderten (Poolbildung); Schulung Nord des BSK
 - April: BSK-LV-Sitzung NRW in Bonn
 - Mai: BSK-Hauptausschuss Göttingen
 - Juni: Teilnahme am Zukunftsdialog „Inklusion. Illusion?“ in Neuwied mit der Gesundheitsministerin a. D. Ulla Schmidt und Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdB; Teilnahme am BSK-Workshop „Heilmittelversorgung“ in Duderstadt; Telefonkonferenz Kuratorium/Vorstand
- Weitere Tätigkeiten
- Sommer 2012: Teilnahme an einer Veranstaltung mit NRW-Verkehrsminister im Reisecenter vom Bahnhof Düsseldorf, Vorstellung eines höhenverstellbaren Treppens und einer Induktionsspule
 - Bundesweite Beratung zu den Themen Barrierefreiheit und Mobilität sowie Information und Beratung der BSK-LV in sozialpolitischen Fragen; Beratung Betroffener, Gespräche mit der örtlichen Zeitung, regelmäßige Teilnahme an Mitgliederversammlungen der örtlichen Arbeitsgemeinschaften und der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG NRW), Gespräche mit Ratsfraktionen, Architekten und anderen wegen des Behinderten-WC's auf der Domplatte in Gelsenkirchen-Buer zur Herstellung der Barrierefreiheit



Das Team der Landesvertretung NRW auf der REHACARE: Anita Pützkuhl-Schöberlein, Manfred Liebich, Inge Paare-Renkhoff, Heinz Hares, Camilla von Loesch

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

- Mithilfe beim Verfassen von Anschreiben; umfangreiche Mail- und Brief-Korrespondenz sowie Telefonate und Gespräche mit der Bundesgeschäftsstelle, Untergliederungen und Ratsuchenden; Anschreiben zum Thema Barrierefreiheit im Raum OWL, Tätigkeitsbericht 2012
- Umfangreiche Kontaktstellen-Arbeit vor Ort; Gespräche mit Bürgermeistern und Ratsmitgliedern in den Städten des Kreises Höxter zur Herstellung der Barrierefreiheit; Mitarbeit im Behindertenbeirat der Stadt Höxter und im Netzwerk barrierefreier Kreis Höxter; Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen im Kreis Höxter; Mitgliederwerbung
- Teilnahme an der konstituierenden Sitzung BSK-Delegiertenversammlung in Duderstadt

2.2.7 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Rheinland-Pfalz



- Teilnahme und aktive Mitarbeit in verschiedenen Sitzungen des Landesbeirats zur Teilhabe behinderter Menschen beim Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Mainz
- 24. März 2012: Teilnahme an der LAG-Mitgliederversammlung in Bad Kreuznach
- 20. April 2012: Gisela Degen ist zusammen mit Anita Reichert in Morbach unterwegs, um den Ort auf Barrierefreiheit zu testen
- 25. April 2012: Eröffnung der Kunstausstellung „Blickwinkel“ im Mainzer Landtag. Das Thema Inklusion



Rollstuhlfahrerin Gisela Degen ist zusammen mit Anita Reichert in Morbach unterwegs, um den Ort auf Barrierefreiheit zu testen.



Anita Reichert, Leiterin der Landesvertretung (li.), ehrt Gabi Schilling für zehn Jahre Mitgliedschaft

- wird bei der Ausstellung musikalisch begleitet von der Band „Carpe Diem Unerhört“ von der Tagesförderstätte Landau
- 16. Mai 2012: Gespräch im Amt für soziale Angelegenheiten in Mainz. Gespräche mit dem Integrationsamt wegen Beschäftigungsverhältnissen außerhalb der WfbM im Ahrkreis. Die Möglichkeit eines Integrationsbetriebs besteht nicht, weil die Förderrichtlinie des Landes RLP zur Beschäftigung von MmB dies nicht vorsieht (Christina Fuchs, Kontaktstelle Remagen)
- 14. Juni 2012: Teilnahme an der Feierstunde in Mainz „20zig“ Jahre Landesbeirat behinderter Menschen
- 6. bis 8. Juli 2012: Teilnahme an der Bereichsleitertagung in Duderstadt mit dem Thema „Behindertenselbsthilfe am Scheideweg – Selbsthilfearbeit im 21. Jahrhundert“
- 7. bis 9. September 2012: Teilnahme an BSK-Schulung Süd in Altötting, Thema: Heilmittelrichtlinien
- 18. September 2012: Teilnahme an Info-Veranstaltung DPWV in Saarbrücken
- Teilnahme an der Eröffnungsfeier des Neubaus Betreutes Wohnen in Krautheim
- Regelmäßiges Treffen „Probudget“ in Mainz (Christina Fuchs, Kontaktstelle Remagen) Erfahrungsaustausch mit Nehmern des Persönlichen Budgets in der Angebotsstruktur
- Schulung zum ehrenamtlichen Berater für neue Wohnformen im Sozialministerium Mainz; Urkunde zur mobilen Wohnberaterin im Ehrenamt des Landes RLP (Christina Fuchs)
- November-Gespräch mit dem Bürgerbeauftragten des Landes RLP, Dieter Burgard, in Remagen zum Thema „barrierefreier öffentlicher Sozialraum – Verbesserung der Situation für behinderte Menschen“
- Weitere Aktivitäten: Beratungen per Telefon und beantworten von E-Mails zu verschiedenen
- Problemen von Menschen mit Behinderung, verschiede-

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

- ne Ehrungen von Mitgliedern/Werbung neuer Mitglieder
- Info-Stand und Tombola auf dem Weihnachtsmarkt in Trier

2.2.8 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Saarland



Im Jahr 2012 habe ich insgesamt 5.871 Kilometer für den BSK zurückgelegt und an 77 Sitzungen, Ortsterminen oder Veranstaltungen teilgenommen. Hinzu kamen auch noch einige Ehrungen.

Am 22. Januar 2012 führten wir eine Demo in Saarbrücken im Cinestar im Rahmen des Max-Ophüls-Filmwettbewerbes durch, um auf die mangelnde Barrierefreiheit sowohl für Körperbehinderte, als auch für Seh- und Hörbehinderte hinzuweisen.

Am 4. Mai 2012 führten wir in Saarbrücken eine Demonstration mit fast 200 Teilnehmenden durch, die quer durch die Stadt ging und den gesamten Verkehr lahmlegte. Anlass war der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

Am 9. September 2012 hatten wir auf der Messe „Welt der Familie“ einen Info-Stand, an dem wir die Öffentlichkeit über die Arbeit des BSK aufklären konnten.



Letztes Jahr trafen sich sieben Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen, ein Blinder und eine Rollatorfahlerin in Saarbrücken im Cinestar zum Max-Ophüls-Festival, um zu widerlegen, dass für jeden Menschen mit Behinderung ein Platz da wäre. Dies hatte die Festivalleitung schriftlich mitgeteilt.

Am 21. September 2012 organisierten wir in Saarbrücken am Schloss einen Flashmob, zu dem wir über Facebook aufgerufen hatten. Anlass hierzu war die Tagung aller Bauminister/innen der Bundesländer im Saarbrücker Schloss. Am Ende der Tagung kamen alle Minister/innen zu uns vor das Schloss und

wir konnten mit ihnen über unsere Forderungen – die Änderungen der Landesbauordnungen – diskutieren.

Im Jahr 2012 konnte das Saarland, prozentual gesehen, die meisten BSK-Mitglieder gewinnen. Es gibt mittlerweile die BSK Kontaktstellen Beckingen, Saarbrücken und Oberthal.

2.2.9 Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e.V. im BSK



Der Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e.V. (LSKS), sächsische Teilstruktur des BSK, hat sich auch im Jahre 2012 im Wesentlichen auf vier Aufgaben konzentriert:

- Mitwirkung an der praktischen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Freistaat Sachsen und seinen Kommunen
- Realisierung des Selbsthilfeprojektes „ÖPNV/SPNV für alle Regionen“
- Gestaltung des Internetportals www.selbsthilfenetzwerk-sachsen.de in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Sachsen e.V.
- Unterstützung der sächsischen BSK-Bereiche und Kontaktstellen bei der Körperbehindertenselbsthilfe in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Zur Realisierung der genannten Aufgaben pflegt der LSKS u. a. die Zusammenarbeit mit anderen Körperbehindertenvereinigungen, mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe und mit dem PARITÄTISCHEN Sachsen. Er beteiligt sich an Aktionen, Diskussionen und Anhörungen, gestaltet eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit insbesondere über das Internetportal, das insgesamt etwa 15.000 User erreicht. Im Jahre 2012 wurden dort 208 Selbsthilfe-News in neun Themengruppen und für rund 800 Abonnenten 25 Newsletter veröffentlicht.

Der LSKS unterhält Kontakte zu den Fraktionen und Ausschüssen des Landtages, zur Staatsregierung, Ämtern und Behörden, Reha-Trägern und weiteren Partnern. Eine be-



Mitgliederversammlung des sächsischen BSK-Landesverbands

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN



Der Landesverband Sachsen veranstaltete mehrmals ein Mobilitätstraining zur Nutzung von Stadtbahn, Bus und Regionalverkehr der Deutschen Bahn

sonders enge Zusammenarbeit besteht mit den Verkehrsverbänden VVO und ZVON sowie mit den dort eingebundenen Verkehrsunternehmen. In den Beratungen der Projektgruppen und bei mehreren Vor-Ort-Terminen konnten bedeutsame Vereinbarungen zur weiteren Ausgestaltung des „ÖPNV/SPNV für alle“ getroffen werden. In der Stadt Dresden wurde 2012 fünfmal ein Mobilitätstraining zur Nutzung von Stadtbahn, Bus und Regionalverkehr der Deutschen Bahn durchgeführt.

Der LSKS ist im Freistaat Sachsen als aktiver Interessenvertreter körperbehinderter Menschen und konstruktiver Mitgestalter gesellschaftlicher Prozesse anerkannt und geachtet.
[Homepage: www.selbsthilfenetzwerk-sachsen.de](http://www.selbsthilfenetzwerk-sachsen.de)

2.2.10 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Thüringen



In Thüringen bestehen zwei Bereiche: SHG Saaleetal e.V. und SHG Weimar. Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt über 56 Jahren. Zudem gibt es vier Kontaktstellen: Jena, Kamsdorf, Niederkrossen und Kaulsdorf.

Die BSK-Landesvertretung nahm an den Beratungen der Kompetenzgruppe „Barrierefreier Tourismus“ Thüringen in Erfurt sowie an der Beratung ForseA in Eisenach teil.

Der SHG Saalfeld e.V. hat 21 Mitglieder

Vorsitzende ist Marlis Schröder (Fröbitz), sie hat eine eigene Homepage aufgebaut. An den monatlichen Treffen nehmen die Kontaktstellenleiter aus Niederkrossen, Kamsdorf, Kaulsdorf und Jena teil. Die SHG Saaleetal e.V. ist sehr aktiv. Monatlich finden Veranstaltungen sowie Treffen mit Vertreter/innen von Behörden, Tourismusbetrieben oder kulturellen Einrichtungen statt.

Besondere Höhepunkte sind gemeinsame Besuche von kulturellen Veranstaltungen, die Einzelmitglieder nur selten allein aufsuchen könnten bzw. würden.

Die SHG Weimar hat 10 Mitglieder

Sylvia Engel (Weimar) wurde neu zur Vorsitzenden gewählt. Sie arbeitet in der Stadtverwaltung Weimar an einer wichtigen Schaltstelle in der Behindertenarbeit und hat somit unmittelbaren Einfluss auf die Lokalpolitik.

Allgemein

Vor Ort: Treffen und Beratung von: Betroffenen, Geschäftsinhabern, Tourismusbüros, Kirchen, Ärzten und Behörden (LRA und Stadtverwaltungen im Raum Rudolstadt-Saalfeld). Wir arbeiten mit AWO, Lebenshilfe und der MS-Gruppe zusammen und es besteht ein guter Kontakt zur örtlichen Presse.



Sabine Beyer und Eckhard Maisel erhielten Berufungsurkunden für zwei neue Kontaktstellen

Diese berichtet stets über Barrierefreiheit, Wohnprojekte, Zugänglichkeiten und andere Themen, die für Menschen mit Behinderung wichtig sind.

Weiterhin aktuell sind diverse Beratungen zu diesen Themen: Umbau des Marktplatzes in Saalfeld (Beratung vor Ort); Verbesserung des Radwegenetzes; Schaffen von Barrierefreiheit (Bordsteine) im Bereich Einkaufsgebiet Oststraße Rudolstadt; Verbesserung des Saale-Radwegenetzes; Rampen, Absenkungen, Lifte; Schaffung von Wohnraum (hier findet eine ständige Beratung statt, was zu einer positiven Entwicklung führt).

2.3 TOCHTERGESELLSCHAFTEN



2.3.1 Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH

Das Eduard-Knoll-Wohnzentrum (EKWZ) bietet Menschen mit Körperbehinderung Wohn- und Lebensraum und gehört zu den modernsten Wohneinrichtungen in Europa. Momentan leben 90 Bewohner/innen im stationären Bereich und 16 im Betreuten Wohnen. Unsere wichtigste Grundidee ist, den Bewohner/innen ein gemeinsames Leben in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu bieten.

Unterstützt wird diese Idee durch Assistenz, Förderung, Pflege und unterschiedlichste Angebote.

Eröffnung Betreutes Wohnen

Nach 18 Monaten Bauzeit wurde am 18. Oktober 2012 der Neubau eingeweiht. Das Haus enthält insgesamt zwölf barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderung in Form von Ein- und Zweizimmerappartements, die zwischen 38 und 64 Quadratmetern groß sind. Zu jeder Wohnung gehört ein rollstuhlgerechter Sanitärraum. Eine höhenverstellbare Küchenzeile wurde überall eingebaut, so dass auch vom Rollstuhl aus gekocht und gearbeitet werden kann.

Die Baukosten betragen rund 2,4 Millionen Euro, die durch Eigenmittel und Darlehen finanziert wurden. Eine öffentliche Förderung war leider nicht möglich. Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK e.V.) unterstützte das Projekt jedoch mit 500.000 Euro aus Spenden. Der Neubau ist ein wichtiger Schritt in Richtung Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf die freie Wahl ihrer Wohnform. Das wurde mit diesem Projekt umgesetzt.



Norman Weyrosta, Geschäftsführer des Eduard-Knoll-Wohnzentrums, hier am Rednerpult, sagte bei der Eröffnungsfeier, der Neubau sei ein großer und wichtiger Schritt bei der Neustrukturierung des Wohnangebotes: „Nach genau 20 Jahren Geschäftsführertätigkeit für das Eduard-Knoll-Wohnzentrum habe ich persönlich heute irgendwie das Gefühl, am Ziel – zumindest fast am Ziel – angekommen zu sein, und das fühlt sich gut an.“

Film: Ein Tag im EKWZ

Für alle Interessierten gibt es jetzt die Möglichkeit, virtuell einen Tag im EKWZ zu erleben. Eltern, die eine Einrichtung für ihr Kind suchen, Menschen mit Körperbehinderung, die eine neue Wohnform suchen – ihnen allen bietet der Film „Ein Tag im EKWZ“ einen Blick in das Haus. Anhand eines exemplarischen Tagesablaufes zeigt sich das Miteinander von Bewohnern/innen und Mitarbeitern/innen.

Heraus kam nicht nur ein „virtueller Rundgang“ durch unsere Einrichtung, es werden auch Alltagssituationen in der Stadt Krautheim und Umgebung gezeigt.

Der Film kann über unsere Homepage auf der Videoplattform youtube angesehen werden, gerne versenden wir aber auch eine DVD.



Die meisten der über 200 Filme im EKWZ-Filmarchiv hat Manfred Emmering, ein Bewohner des Wohnzentrums, aufgenommen

Filmarchiv

Im Büro der Öffentlichkeitsarbeit entsteht ein Filmarchiv mit einem umfangreichen Material aus über 40 Jahren EKWZ-Geschichte. Die meisten der über 200 Filme wurden von Manfred Emmering, einem Bewohner des Wohnzentrums, aufgenommen. Er fing bereits mit 15 Jahren an, Filme zu machen. Anfangs wurde im Super-8-Schmalfilmformat, später auf VHS-Kassetten gefilmt. Damit alle Filme auch heute noch angesehen werden können, überspielt Manfred Emmering alle alten Filme auf DVD. Filme aus dem Archiv können im Büro Öffentlichkeitsarbeit ausgeliehen werden.

Jahresrückblick

Noch mehr Informationen über unsere Aktivitäten und interessanten Neuigkeiten haben wir in unserem Jahresrückblick 2012 zusammengetragen. Er kann von unserer Homepage im Servicebereich als PDF-Datei heruntergeladen werden:

Homepage: www.ekwz.de

2.3 TOCHTERGESELLSCHAFTEN

2.3.2 BSK-Reisen GmbH

Die BSK-Reisen GmbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des BSK e.V. Das Hauptangebot besteht aus der Vermittlung von barrierefreien Reisen für Individualreisende und der Veranstaltung von betreuten Gruppenreisen für Menschen mit Körperbehinderung.

Der Firmenname wurde im Jahr 2012 von BSK-Service GmbH zu BSK-Reisen GmbH geändert. Der Firmenname soll einen eindeutigen Bezug zu den Aufgaben und zum Charakter der Firma haben. Der neue Name ist vor allem gegenüber Personen, die den BSK nicht kennen, aussagekräftiger und klarer. Das Reiseangebot wird durch den Reisekatalog „BSK Urlaubsziele“ präsentiert, der jährlich im Spätherbst erscheint. Weitere Reiseangebote und Leistungen der BSK-Reisen GmbH (Buchung von Flügen, Reiseversicherungen, Mietautos, Kur- und Wellnessreisen) findet man im Internet unter www.bsk-reisen.org.

Der Reisekatalog 2012 umfasst 72 Seiten, davon sind 14 Seiten Anzeigen.

Es wurden neun BSK-Gruppenreisen angeboten, acht davon zu bewährten Reisezielen der vergangenen Jahre. Als neues Gruppenreiseziel wurde Griechenland ins Programm aufgenommen. Durch die Zusammenarbeit mit „Omnibusbetrieb Fischer“ wurde das Angebot mit Busreisen nach Slowenien und Goslar erweitert. Neu waren auch die Gruppenreisen nach Schottland mit „Schottland für Alle“ und Mietwagenrundreisen durch USA mit AHORN-Reisen. Die Anzahl der Reiseangebote für Individualreisende hat sich von 36 auf 41 erhöht.

Die Vermittlung und Schulung von Reiseassistenten/innen ist eine weitere spezielle Aufgabe der BSK-Reisen GmbH. Dies ermöglicht es Menschen mit Behinderung, die Assistenzleistungen während der Reise benötigen, auch individuell zu reisen.



Die BSK-Reisen GmbH publiziert jedes Jahr einen Reisekatalog für Menschen mit Behinderung

Ergebnisse und Erfolge

Die Druckauflage des Reisekataloges liegt unverändert bei 13.000 Exemplaren. Es wurde wieder ein Flyer für den Katalog erstellt, der mit den Postsendungen des BSK e.V. versandt wurde. Die Druckauflage des Flyers betrug 20.000 Exemplare.

Mit Hilfe der Reiseassistenten/innen konnte 17 Menschen mit Behinderung, die auf externe Hilfe angewiesen sind, ein Urlaub ermöglicht werden. Das betrifft sowohl Gruppen, als auch Indi-

vidualreisen. Die Vermittlungsgebühr für einen persönlichen Assistenten beträgt für BSK-Mitglieder 89 Euro, für Nichtmitglieder 149 Euro.

Im Jahr 2012 fand der Workshop „Reiseassistenz für Menschen mit Behinderung“ mit 22 Teilnehmer/innen in der Zeit von 5. bis 11. November 2012 in Krautheim statt. Der Workshop wird durch die Aktion Mensch gefördert. Die Schu-



Teilnehmer einer BSK-Gruppenreise auf Mallorca

lungsgebühr für Unterkunft, Verpflegung und Schulungsunterlagen betrug für die Teilnehmer/innen 298 Euro.

Im Jahr 2012 veranstaltete die BSK-Reisen GmbH fünf Gruppenreisen mit insgesamt 39 Teilnehmer/innen (Vergleich 2011: vier Gruppenreisen mit 50 Personen). Die Gruppenreisen wurden insgesamt von fünf Reiseleiter/innen und vier Reiseassistenten/innen begleitet. Sieben Personen haben während der Gruppenreisen Leistungen über Assistenzpakete in Anspruch genommen.

Die Anzahl der individuellen Hotelbuchungen ist im Vergleich zum Vorjahr von 76 auf 88 leicht gestiegen. Auch die Anzahl der gereisten Personen ist von 151 auf 195 Personen gestiegen.

Die BSK-Reisen GmbH präsentierte sich im Jahr 2012 auf den Messen „IRMA“ in Bremen und „REHACARE“ in Düsseldorf. Auf der REHACARE wurde eine „Prospektbörse barrierefreie Reiseziele“ mit 31 teilnehmenden Betrieben organisiert.

Das im Jahr 2011 erstellte Konzept über das „Zielsystem des BSK-Reiseservices“ wurde umgesetzt. Es wurden unter anderem eigene Facebook-Seiten für die BSK-Reisen GmbH erstellt (www.facebook.com/BSK.Reisen), eine Praktikantenstelle wurde eingerichtet und die gesamte EDV erneuert sowie eine Firma für die Erstellung der neuen Homepage ausgewählt. Für das Jahr 2012 wurde das Konzept weitergeführt. [Homepage: www.bsk-reisen.org](http://www.bsk-reisen.org)

2.3 TOCHTERGESELLSCHAFTEN

2.3.3 Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem.GmbH

Krautheimer Werkstätten
für Menschen
mit Behinderung
gem. GmbH



Die Krautheimer Werkstätten bieten Arbeit oder Beschäftigung für Menschen mit Behinderung, die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder nicht mehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können.

Die von den Krautheimer Werkstätten bereitgestellten geeigneten Arbeitsplätze erlauben es diesen Menschen, nach Kräften am Arbeitsprozess teilzuhaben, was wesentlich zu ihrer gesellschaftlichen Integration beiträgt.

Dies geschieht im Berufsbildungsbereich und den Arbeitsgruppen

- Druckerei mit Druck-Weiterverarbeitung
- Industriemontage und Metallbearbeitung
- Buchhandel
- Elektronik-Altgeräte-Recycling

unter sach- und fachgerechter Anleitung.

Wir sind stets bemüht, Mitarbeiter/innen mit Behinderung auf den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Der 3. Dezember ist der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung.

Hierzu findet, in der Regel an demselben Tag, eine gemeinsam mit sechs weiteren Werkstätten aus der näheren Umgebung organisierte Aktionsveranstaltung statt.

Ein Schwerpunktthema, das die Menschen mit Behinderung – vertreten durch die Werkstatträte – erarbeiten, dient jeweils als Motto.

Ziel und Zweck ist es, auf besondere Belange in der Behindertenarbeit und -politik hinzuweisen und Maßnahmen einzufordern. Das Motto für dieses Jahr war: „Nimm dein Leben in die Hand“, hier besonders unter dem Blickwinkel der Inklusion.

In allen Bereichen sind wir bemüht, die neue UN-Konvention, die wir unterschrieben haben, mit noch mehr Leben als bisher zu erfüllen und finden unsere Arbeit und unsere Aufgabe besonders in den Artikeln 27 und 28 wieder.

Seit Dezember 2012 sind die Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung AZAV zertifiziert (= zugelassener Träger der Arbeitsförderung nach § 178 SGB III und § 2 der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung).

Hierdurch sind wir gleichzeitig berechtigt,

1. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 5 SGB III und
2. Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben nach § 112 bis § 129 des SGB III durchzuführen.

Die Zertifizierung unterliegt einem jährlichen Audit.

Homepage: www.wfb-krautheim.de



Gebäude der Wfb in Krautheim

2.4 VERBUNDENE GESELLSCHAFTEN

2.4.1 Hohenloher Integrationsunternehmen (HIU)

Startschuss für das Integrationsunternehmen in Krautheim

H Hohenloher
I Integrations
U Unternehmen



Ulf D. Schwarz, Johann Dirnberger, Norman Weyrosta, Tobias David, Andreas Köhler (v.l.n.r.) stoßen auf den Start des HIU an

Eine wegweisende Neuerung ist aus Krautheim zu berichten: Hier ging am 27. Juli 2012 das erste Hohenloher Integrationsunternehmen (HIU) an den Start. Mehrheitsgesellschafter ist die Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH (EKWZ), zudem sind die St. Josefspflege in Muldingen an der Jagst und das Rehabilitationszentrum Südwest für Behinderte gGmbH aus Karlsruhe beteiligt sowie die Stadt Krautheim. Zu den Förderern zählen unter anderem die Aktion Mensch sowie der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS). Ohne deren Unterstützung wäre die Gründung des Integrationsunternehmens nicht möglich gewesen.

Das HIU umfasst die Essensdienstleistung und eine Wäscherei. So geht die ehemalige Küche des EKWZ ab September 2012 ins neue HIU über. Die Wäscherei wird innerhalb des HIU neu aufgebaut und soll ihren Betrieb zum Anfang des Jahres 2013 aufnehmen, da noch Umbaumaßnahmen vorgenommen und neue Maschinen angeschafft werden müssen. Geschäftsführer des neuen HIU sind Ulf-D. Schwarz (BSK e.V.) und Norman Weyrosta (EKWZ). Sie arbeiten vorerst auf ehrenamtlicher Basis. Der Kundenkreis des HIU soll breit gefächert sein: Versorgt werden die Heimbewohner/innen des EKWZ, die Mitarbeiter/innen der Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfB), die Schüler/innen der Krautheimer Haupt- und Realschule sowie die Schüler/innen der Andreas-Fröhlich-Schule.

Geplant ist außerdem, den Kundenkreis fortlaufend zu erweitern, da das Integrationsunternehmen wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen soll.

2.4.2 Elsa-Krauschitz-Stiftung



Die Elsa-Krauschitz-Stiftung fördert Neu- und Umbauprojekte für barrierefreie Wohnformen, vorwiegend im norddeutschen Raum und feierte im Berichtsjahr ihr 10-jähriges Bestehen.

Im Jahr 2012 sind insgesamt 76 (2011: 84) Förderanträge bei der Elsa-Krauschitz-Stiftung eingegangen, wovon 28 Anträge die Bezuschussung einer Pkw-Anschaffung betrafen und somit sofort abgelehnt werden mussten. Über insgesamt 17 Anträge konnte in der Telefonkonferenz am 12. Juni 2012 und in der gemeinsamen Sitzung von Kuratorium und Vorstand am 23. November 2012 beraten werden, da diese dem Stiftungszweck entsprochen haben. Zwei Antragstellern wurde ein Zuschuss bewilligt: Einer Dame wurden vorbehaltlich einer kommunalen Wohnberatung bzw. einer Beratung durch einen BSK-Experten 5.000 Euro für den Umbau eines barrierefreien Bades zugesagt. Ein weiterer Antrag einer Familie über den Umbau einer Treppe wurde ebenfalls mit 5.000 Euro bedacht.

Dem Kuratorium der Stiftung gehören seit 2009 an:

- Hendrik Grützner, Rudolstadt
- Erhard Hentschel, Hannover (Vorsitzender)
- Peer Maßmann, Pattensen (stellvertretender Vorsitzender)
- Anita Pützkuhl-Schöberlein, Willich
- Uwe Schneider, Ronneburg

Dem Stiftungsvorstand gehören an:

- Gerwin Matysiak, Hannover
- Anita Reichert, Brauneberg

Durch die Neuwahl des Kuratoriums auf der Delegiertenversammlung vom 23. bis 25. November 2012 wird sich das Kuratorium für die Legislaturperiode 2013 bis 2016 wie folgt zusammensetzen:

- Hendrik Grützner, Rudolstadt
- Erhard Hentschel, Hannover
- Matthias Krasa, Schwedeneck
- Claus-Arne Mohr, Hannover
- Uwe Schneider, Ronneburg

Hendrik Grützner – Barrierefreies Reisen, Thüringen

Monatlich wurden zwei bis drei Anfragen zu diesen Themen beantwortet:

- barrierefreie Unterkünfte im Thüringer Raum (Adressen, Ausstattung, Umfeld)
- Wanderwege bzw. Radwege im Saaletal und im Schwarzatal (landschaftliche Reize, Länge, Steigung, Oberflächenbelag und Parkplätze),
- Saalestausee (Wanderwege, Möglichkeiten für eine Stausee- bzw. Mondscheinfahrt),
- DIA-Festival in Bad Blankenburg (Parkplätze, Zugänglichkeit, Anfrage Reservierung)



Hendrik Grützner

Im Mai/Juni gingen etwa zwei bis drei Anfragen pro Woche ein, hauptsächlich zum Thema Tanzfest (Veranstaltungen, Unterkünfte, WC-Anlagen, Zeltplatzreservierung, Programme, Fahrdienste; Konzerte, Standort mit dem Rollstuhl, Zugänglichkeit, Einsicht von den Tribünen).

Übersetzungen (Begriffe in Behinderten-Führern) wurden zweimal ausgehändigt (Türkisch, Englisch). Aus der Region wurde eine Anfrage und Beratung zum Wohnungsbau (Betreutes Wohnen, Barrierefreiheit) gestellt (z. T. Projekteinsicht, Beratungstermin in Rudolstadt).

Es wurden auch weiterhin Wanderwege für Rollstuhlfahrer/innen befahren und beschrieben. Hinzu kamen noch Beratungen z. B. zum Thema Barrierefreiheit (Bordsteine) im Bereich Einkaufsgebiet Oststraße Rudolstadt und zur Verbesserung des Saale-Radwegenetzes sowie die Mitarbeit im Theaterförderverein.

Wichtig: Mitarbeit als BSK-Vertreter in der Kompetenzgruppe „Barrierefreier Tourismus“ (Thüringen).

Auf der Tagesordnung: Auswertung der Datenerhebung (barrierefreie Unterkünfte und kulturelle Einrichtungen), die Erhaltung der Aktualität von Angaben sowie die Möglichkeiten der Verbesserung bezüglich Aussagekraft und Verfügbarkeit dieser Informationen.

Ein Vertreter aus dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Soziales betonte die Wertigkeit des barrierefreien Tourismus als Wirtschaftsfaktor. Das Interesse spiegelte auch die Teilnehmerliste wieder. Neben Behindertenverbänden und Organisationen nahmen auch Vertreter/innen von Tourismusverbänden, Einrichtungen und Stadtverwaltungen teil.

Die Thüringer Tourismus GmbH – unter deren Federführung die Koordinierung dieser Arbeit stattfindet – wird noch in diesem Jahr eine sehr umfangreiche und aussagekräftige

Broschüre zum Thema Barrierefreiheit in Thüringen veröffentlichten.

Eine genaue Aufschlüsselung, welche Fragen an mich in welcher Funktion (Reiseexperte, BSK-Mitglied, Landesvertreter Thüringen u. a.) gerichtet werden ist nicht möglich, da telefonische Anfragen, Gespräche in der Stadt usw. nicht zeitnah erfasst werden können.

Marianne Jordan – Hartz IV, Grundsicherung, Persönliches Budget

Ich habe sehr viele telefonische Anfragen, die ich meistens gleich am Telefon beantworten kann, hauptsächlich was ALG II und Grundsicherung anbelangt. 2012 waren es ca. 20 Anfragen. Was das Persönliche Budget anbelangt, so kommen fast täglich ein bis drei Anfragen. Oft kann auch dabei vieles am



Marianne Jordan

Telefon geklärt werden, vieles ist aber sehr arbeitsintensiv, da Unterlagen hin- und hergeschickt werden müssen. Es ist ein sehr komplexes Thema, das viel Zeit in Anspruch nimmt. Dass wir unsere Fachanwälte haben, ist Gold wert, da man im Laufe der Zeit eng mit ihnen zusammenarbeitet. 2012 waren es circa 900, Tendenz steigend.

Ich konnte noch einige Pflegestufen durchsetzen und natürlich auch zum übrigen SGB Auskunft geben, z. B. zum Schwerbehindertenrecht (Parkausweisgeschichten, Steuervorteile etc.).

Peer Maßmann – Hilfsmittel



Peer Maßmann

Durchschnittlich erreichen mich zwei bis drei Anfragen wöchentlich, vereinzelt telefonisch, meistens aber elektronisch. Überwiegend betreffen die Anfragen das Thema (Elektro-) Rollstühle, aber auch „Scooter“ oder „Seniorenmobile“. Die zuletzt genannten sind aber gar keine Hilfsmittel im Sinne des SGB V und führen regelmäßig zu Problemen

in öffentlichen Verkehrsmitteln. Allgemein können diese Fragen aber zeitnah und routiniert beantwortet werden.

Sehr viel schwieriger sind Anfragen zu diffizilen elektronischen Hilfsmitteln zu beantworten. Zum einen können hier nur Messen einen einigermaßen Überblick geben, zum anderen kommen hier häufig verschiedene Kostenträger – zum Teil in Kombination – in Betracht. Diese schieben sich dann oft gegenseitig die Zuständigkeiten zu. Aufgrund des föderalen Staatswesens – nur die SGB sind Bundesrecht – werden Hilfen nicht nur in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt, häufig gelten von Kommune zu Kommune und

von Kreis zu Kreis unterschiedliche Regelungen. Ganz kompliziert wird es dann, wenn z. B. der Wohnort in Niedersachsen ist, die (Förder-) Schule in NRW und die GKV – etwa bei mitversicherten Kindern – in Baden-Württemberg liegt. Es fehlt eine bundeseinheitliche Richtlinie.

Christian Steinmann – Barrierefreies Planen und Bauen, Sachsen



Christian Steinmann

In Gesprächen wurden Anfragen zu diesen Bereichen beantwortet: barrierefreies Planen und Bauen öffentlich genutzter Objekte, öffentlicher Verkehrsbau, Umbau bzw. Anpassung des eigenen Zuhauses. Fragen zur Umgestaltung des eigenen Zuhauses betrafen diese Themen: Bad- und Sanitärbereich, Terrasse und Loggia,

Wohnumfeld mit Haus- und Wohnungerschließung, Finanzierung und Unterstützungshilfen zur vorgesehenen baulichen Anpassung sowie Fördermöglichkeiten (z. B. Zuschuss der Krankenkasse, Leistungen der Pflegeversicherung, Dienste der Landesbanken und privater Kreditinstitute, KfW-Förderung zum Neubau, Kauf und Sanierung der Wohnung oder des Mietwohnbaus).

Es wurden auch Fragen zu geltenden Vorschriften, länderspezifischen Gesetzen und Regelungen sowie kommunalen Regelungen zur Wohnungsanpassung und -gestaltung beantwortet. Und es wurden Ausstattung- und Gestaltungshinweise zum behinderungsbedingten Umbau oder der Anpassung von Wohnungen mit Erschließung gegeben.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum war ein wichtiger Gegenstand der Beratungsgespräche, z. B. die barrierefreien Nutzungsbedingungen von Verkehrsmitteln und Haltestellenanlagen, um insbesondere Fahrgästen im Rollstuhl als auch Mobilitätsbehinderten die selbstbestimmte Mitreise zu ermöglichen. Thema war auch das Behindertengleichstellungsgesetz als Instrument zur Umsetzung der UN-Konvention. Hinzu kamen auch Informationsgespräche zum barrierefreien Tourismus am BSK-Messestand auf der REHACARE 2012 sowie zur BSK-Beratungsbroschüre ABC Barrierefreies Bauen.

Gerd Strombach – Barrierefreies Reisen, Niedersachsen

Als BSK-Experte war mein Tätigkeitsbereich im Jahr 2012 sehr umfangreich und interessant. Es gab viele Anfragen per Telefon und E-Mail über barrierefreie Urlaubsziele. Informieren konnte ich die Interessierten über Pflegehotels, Hotels und Gästehäuser mit verstellbaren Betten, Ferienwohnun-

gen, Jugendherbergen und Gruppenreisen. Auch nach Reiseveranstaltern für barrierefreies Reisen für Kinder und Jugendliche, Urlaubsreisen für Eltern mit behinderten Kindern und Ferienhäusern in Seenähe (z. B. mit Angelmöglichkeiten) wurde gefragt.

Besondere Urlaubsziele waren vorwiegend Nord- und Ostsee sowie verschiedene Städte.

Auf Reisemessen, Gesundheitstagen und diversen Veranstaltungen in Niedersachsen (teilweise mit Infostand) habe ich den Besuchern Infomaterial wie Prospekte, Kataloge, Flyer etc. über Barrierefreies Reisen angeboten. Auch auf dem Postweg wurden Hausprospekte und Reisekataloge (u. a. BSK-Reiseziele) versandt. Ich selbst habe mich auf Reisemessen über Angebote des Barrierefreien Reisens informiert. Alle Fragen konnten sicherlich nicht beantwortet werden, jedoch konnte ich diese Anfragen an die jeweiligen Anbieter weitergeben.

Insgesamt kann ich sagen, dass sich das Reiseangebot für Menschen mit Behinderung im Jahr 2012 im Gegensatz zu vergangenen Jahren wesentlich verbessert hat.

Michael Wolter – Barrierefreies Bauen (DIN-Normen)

Im Jahr 2012 kamen folgende Anfragen per E-Mail:

- drei Anfragen zu baurechtlichen Fragen beziehungsweise Vorschriften
- sechs Anfragen zu Fördermöglichkeiten
- fünf Planungsvorlagen auf barrierefreies Bauen prüfen
- sieben Anfragen zu den DIN-Normen

Mit der Software „Baurecht für die am Bau Beteiligten“ von LexisNexis kann ich baurechtliche Fragen klären und so nach Gerichtsurteilen, landesrechtliche Bauvorschriften usw. recherchieren.

Zudem war ich Jurymitglied beim Wettbewerb „Access City Award 2012“ der Europäischen Kommission. Zwölf Städte aus Deutschland haben sich an diesem Wettbewerb beteiligt. Die Planung der barrierefreien Toiletten der BSK-Repräsentanz in Berlin habe ich mir angesehen und eine Stellungnahme an den Geschäftsstellenleiter des BSK, Ulf-D. Schwarz, gesendet.

Im Mai wurde ich vom Stephansstift in Hannover eingeladen zwecks Beratung zum barrierefreien Bauen.



Gerd Strombach



Michael Wolter



* Der BSK kämpft für ein selbstbestimmtes Leben auf allen politischen Ebenen. Werden Sie Mitglied! Unterstützen Sie uns als Sprachrohr von Menschen mit Behinderung!

- Kontaktmöglichkeit zu einer unserer 100 Selbsthilfegruppen
- Kompetente Beratung durch unser Expertenteam und unsere kostenlosen Broschüren
- Aktuelle Informationen: BSK-Newsletter, Magazin **LEBEN&WEG**, Homepage www.bsk-ev.org
- Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen
- Vergünstigte Gruppenversicherungsverträge
- Beratung zu Sozialrecht, Vorsorge, Testament, Diskriminierungsschutz, Medizin- und Arzthaftungsrecht
- Sonderkonditionen für Leistungen der BSK-Reisen GmbH



Mitgliedsantrag: Ja, ich möchte Mitglied werden!

zurücksenden an: BSK e.V., Altkrautheimer Str. 20, 74238 Krautheim oder per Fax: 06294 4281-79

Mitglied Mitgliedsbetrag: Einzelmitgliedschaft – 28 Euro Familienmitgliedschaft – 38 Euro

bei Familienmitgliedschaft bitte alle
Namen und Geburtsdaten separat mitteilen

Bereichszuordnung (Ort)

Förderer Förderbetrag Euro

Nachname: Vorname: Titel:

Straße PLZ Ort

Telefon E-Mail:

Geburtsdatum: Behinderung: ja nein Rollstuhlfahrer/in: ja nein

Zahlung: Ich ermächtige den BSK, meinen Beitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kontonummer: Bankleitzahl:

Bankname: Kontoinhaber:

Datum: Unterschrift:

Eine Einzugsermächtigung spart Kosten: Keine Druck- und Versandkosten wie bei vorgedruckten Überweisungsformularen.

Ja, ich bin damit einverstanden, dass der BSK e.V. meine Adressdaten an die ERGO-Versicherung weiterleitet, um mich über die vergünstigten Tarife der Unfall- bzw. Sterbegeldversicherung zu informieren.

Der BSK e.V. behandelt Ihre personenbezogenen Daten streng nach dem Bundesdatenschutzgesetz. Es werden keine Daten an Dritte weitergeleitet. Unsere detaillierten Datenschutzbestimmungen können Sie im Internet auf unserer Homepage unter www.bsk-ev.org nachlesen. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch gerne zu.

3.1 Vorbemerkung

In der Delegiertenversammlung vom 24. November 2012 wurde die Solidaris Revisions-GmbH, Zweigniederlassung Freiburg, zum Jahresabschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 gewählt.

Gegenstand der Prüfung durch die Solidaris Revisions-GmbH waren die Buchführung sowie der aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehende Jahresabschluss. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Prüfung erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet worden sind.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Der Gegenstand der Prüfung wurde auftragsgemäß erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung auf Basis des Kriterienkatalogs des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilte die Solidaris Revisions-GmbH, Zweigniederlassung Freiburg, nachstehenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

3.1.1 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V.

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße,

die sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und den Jahresabschluss wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V., Krautheim, sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften.

Freiburg, 28. Juni 2013

Solidaris Revisions-GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Freiburg

Ralph Wedekind Roland Krock
Wirtschaftsprüfer Vereidigter Buchprüfer

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.2 Bilanz zum 31. Dezember 2012

Erläuterung zur Bilanz

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen. Den Zugängen von 3 TEUR bei den immateriellen Vermögensgegenständen und 32 TEUR bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung stehen planmäßige Abschreibungen von 395 TEUR und Abgänge von 40 TEUR gegenüber.

Die Finanzanlagen in Höhe von 163 TEUR enthalten Beteiligungen von 124 TEUR sowie Ausleihungen an die Tochtergesellschaft BSK-Reisen GmbH von 39 TEUR.

Die Beteiligungen betreffen die BSK-Reisen GmbH (51 TEUR=100%), die Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH (51 TEUR=100%) sowie die Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem. GmbH (22 TEUR=76%). Gegenüber dem Vorjahr verminderten sich die Finanzanlagen auf Grund Tilgungsleistungen bei den Ausleihungen um 6 TEUR. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert.

Die Vorräte von 26 TEUR betreffen Druckerzeugnisse sowie Klein- und Werbeartikel. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Forderungen von 563 TEUR enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 9 TEUR (Vorjahr: 7 TEUR), Forderungen gegenüber den Tochtergesellschaften von 500 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) sowie sonstige Vermögensgegenstände von 54 TEUR (Vorjahr: 37 TEUR).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten vor allem ausstehende Zuschüsse, Forderungen aus Zinsabgrenzung sowie Kautionen. Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten. Für drohende Ausfälle wurden insgesamt Wertberichtigungen von 44 TEUR gebildet.

Die Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Anschaffungskosten bzw. Nominalwerten angesetzt. Sie betreffen mit 593 TEUR zwei Wertpapierdepots, und mit 1.617 TEUR Einzahlungen in Bausparverträge. Die übrigen Girokonten betreffen Festgelder, Tagesgelder, Sparbücher sowie Girokonten. Soweit Kurswerte unter den Anschaffungskosten liegen, wird der niedrigere Wert angesetzt.

Bilanz zum 31. Dezember 2012				Vorjahr	
AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2.613,00			2
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.279.670,86			8.688	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	70.754,00			65	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.320,00	8.352.744,86		2	8.755
III. Finanzanlagen		163.086,19	8.518.444,05		169
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte		26.136,90			19
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.348,91			7	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	500.000,00			0	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	53.679,60	563.028,51		37	44
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens		592.576,10			571
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.700.506,89	3.882.248,40		2.885
C. Rechnungsabgrenzungsposten			896,63		1
			12.401.589,08		12.446

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Das **Eigenkapital** erhöhte sich auf Grund des Jahresüberschusses 2012 von 121 TEUR von 5.571 TEUR auf 5.692 TEUR.

Der **Sonderposten** aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens minderte sich gegenüber dem Vorjahr um 112 TEUR. Die Zuschüsse wurden unter der Bedingung einer zweckentsprechenden Mittelverwendung gegeben. Im Falle einer nicht zweckentsprechenden Mittelverwendung haben sich die Zuschussgeber einen zeitanteiligen Rückzahlungsanspruch vorenthalten. Dieser Anspruch ist in der Regel dinglich gesichert.

Die sonstigen **Rückstellungen** (§ 249 HGB) werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages bemessen. Sie enthalten Resturlaub, Jahresabschlusskosten, Beratungsaufwendungen und vor allen in früheren Jahren gebildete Instandhaltungsrückstellungen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von 8 TEUR betrifft den Resturlaub und Beratungsaufwendungen.

Die **Verbindlichkeiten** von 2.796 TEUR betreffen Darlehenschulden gegenüber Kreditinstituten von 2.262 (2.261 TEUR),

Lieferantenschulden von 70 TEUR (Vorjahr: 41 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber den Tochtergesellschaften von 240 TEUR (Vorjahr: 267 TEUR) und sonstige Verbindlichkeiten von 224 TEUR (Vorjahr: 286 TEUR). Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert. Die Darlehen wurden mit 224 TEUR getilgt. Dieser Abnahme steht ein Zugang von 225 TEUR gegenüber. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allen ein Darlehen des KVJS (196 TEUR).

Rechnungsabgrenzungsposten werden nach § 250 HGB gebildet und betreffen Zahlungsein- und -ausgänge für 2013.

Bilanz zum 31.Dezember 2012				
PASSIVSEITE	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital				
I. Kapital	3.572.837,02		3.573	
II. Rücklagen	1.972.926,00		1.973	
III. Gewinn-/Verlustvortrag	+25.222,51		-53	
IV. Jahresüberschus	+121.163,49	5.692.149,02	+78	5.571
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		3.583.760,00		3.696
C. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen		328.667,00		321
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.261.907,62		2.261	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	69.991,56		41	
3. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	239.998,00		267	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	223.887,90	2.795.785,08	286	2.855
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.227,98		3
		12.401.589,08		12.446

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.3 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Vorjahr			
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	78.232,15		78	
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	126.648,03		100	
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.853.578,07	2.058.458,25	1.614	1.792
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	517.904,65		536	
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	133.588,98		132	
5. Materialaufwand				
5.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
a) Lebensmittel	3.775,64		2	
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	49.740,71		52	
c) Wirtschaftsbedarf	46.593,79		37	
5.2 Bezogene Leistungen				
Wirtschaftsbedarf	12.341,25	763.945,02	13	772
Zwischenergebnis		+1.294.513,23		+1.020
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	159.984,89		157	
7. Abschreibungen				
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	394.513,74		388	
b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.074,12		0	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Verwaltungsbedarf	248.115,84		251	
b) Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	253.013,33		81	
c) Steuern, Abgaben, Versicherungen	35.523,52		33	
d) Mieten, Pachten, Leasing	31.740,67		19	
e) Sonstige Aufwendungen	338.171,81	-1.160.168,14	300	-915
Zwischenergebnis		+134.345,09		+105
9. Zinsen und ähnliche Erträge	72.258,72		77	
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	85.440,32	-13.181,60	104	-27
11. Jahresüberschuss		+121.163,49		+78

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Der Verein schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss von 121 TEUR (Vorjahr Jahresüberschuss von 78 TEUR).

Nachstehend werden die wesentlichen Posten und ihre Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erläutert.

Die **Umsatzerlöse** von 78 TEUR betreffen mit 76 TEUR Anzeigen und Kleinverkäufe und mit 2 TEUR ein Gästehaus.

Die **Zuschüsse** von 127 TEUR erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 27 TEUR. Sie enthalten überwiegend Zuweisungen der Agentur für Arbeit, des Integrationsamtes, Lotteriezuschüsse sowie Zuweisungen zur Selbsthilfeförderung.

Unter den **sonstigen betrieblichen Erträgen** werden insbesondere Spendenerträge (877 TEUR), Mieterträge (491 TEUR), Mitgliedsbeiträge (83 TEUR), Erbschaften (76 TEUR) sowie Erträge aus Anlagenabgang (90 TEUR) ausgewiesen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr betrifft vor allem die Erbschaften sowie die Erträge aus Anlagenabgängen.

Für 2012 ergeben sich **Personalkosten** von 651 TEUR: Im Jahresdurchschnitt waren 2012 15,98 Vollkräfte (Vorjahr: 15,03 Vollkräfte) beschäftigt. Es wurden durchschnittlich 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Der **Materialaufwand** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8 TEUR. Der Anstieg betrifft vor allem Kfz-Kosten.

Der Posten **Abschreibungen** enthält planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen.

Bei den sonstigen **betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von 907 TEUR ergibt sich folgendes:

Der **Verwaltungsbedarf** in Höhe von 248 TEUR betrifft überwiegend Porto bzw. Bankgebühren (58 TEUR), Reisekosten bzw. Schulungen (56 TEUR), Öffentlichkeitsarbeit (31 TEUR), EDV- (17 TEUR) sowie Rechts- und Beratungskosten (44 TEUR). Größere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind nicht zu verzeichnen.

Der Aufwand für **Instandhaltungen** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 172 TEUR auf 253 TEUR. Diese Entwicklung wird vor allem durch in 2012 enthaltene Gebäudeinstandhaltungen von 228 TEUR verursacht.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von 338 TEUR enthalten vor allem Aufwendungen aus Anlageabgang (45 TEUR), Schriften (116 TEUR), Agenturaufwendungen (26 TEUR), Aufwendungen für Projekte (41 TEUR) sowie Zuweisungen an die BSK-Reisen GmbH (27 TEUR).

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.4 Vier-Sparten-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012	2011
	Euro	Euro
IDEELLER BEREICH		
1. Spendenerträge, Erbschaften	953.975,19	856.575,08
2. Zuschüsse	126.648,03	99.637,63
3. Mitgliedsbeiträge	82.538,02	88.758,46
4. Bußgelder	78.331,67	54.520,00
5. Sonstige Erträge	113.036,74	116.621,18
6. Aufwendungen zur Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke	-374.445,41	-349.958,01
7. Verwaltungsaufwendungen	-314.225,86	-345.765,75
davon Personalkosten	133.834,57	166.015,14
davon Fahrtkosten	33.448,11	33.448,11
davon EDV-Kosten	13.119,06	13.119,06
davon Abschreibungen/Raumkosten	16.700,19	16.700,19
8. Werbeaufwendungen	-394.036,95	-422.928,25
davon Personalkosten	211.289,31	198.826,67
davon Bußgeldmarketing	15.243,12	15.718,34
davon Spendengewinnung und Betreuung	8.214,88	32.112,26
9. Sonstige Aufwendungen	-118.150,96	-59.021,99
10. Ergebnis des ideellen Bereichs	153.670,47	38.438,36
WIRTSCHAFTLICHER BEREICH		
11. Umsatzerlöse aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	78.062,51	77.875,22
12. Aufwendungen aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	-72.249,30	-67.683,89
13. Ergebnis des wirtschaftlichen Bereichs	5.813,21	10.191,34
FINANZBEREICH		
14. Erträge aus Beteiligungen und Immobilienverwaltung	490.989,61	492.566,11
15. Erträge aus Wertpapieren	22.355,65	12.865,52
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	59.258,22	64.261,17
17. Sonstige Erträge aus Immobilienverwaltung	285.506,22	162.631,20
18. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-198,91	-14.420,03
19. Aufwendungen aus Immobilienverwaltung	-804.671,36	-592.164,26
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-85.241,41	-89.849,99
21. Ergebnis des Finanzbereichs	-32.001,98	35.889,72
STEUERAUFKOMMEN		
22. Sonstige Steuern	-6.318,21	-6.207,07
23. Jahresüberschuss	121.163,49	78.312,34

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Anmerkungen zur Vier-Sparten-Rechnung

Gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnungen werden einzelne Aufwands- und Ertragsarten teilweise umgegliedert. Nachstehend werden die wesentlichen Veränderungen erläutert:

Die **Spendenerträge (einschließlich Erbschaften)** haben sich um 97 TEUR erhöht. Diese Entwicklung beruht vor allem auf Erbschaften.

Die **sonstigen Erträge** in Höhe von 113 TEUR enthalten unter anderem 46 TEUR periodenfremde Erträge (z. B. Zuschüsse für Vorjahre). Des Weiteren sind 12 TEUR Personalkosten-erstattungen (vor allem Krankenkassen) enthalten.

Die Aufwendungen zur **Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke** in Höhe von 374 TEUR enthalten unter anderem 182 TEUR Personalkosten, 41 TEUR Aufwendungen für Projekte bzw. institutionelle Förderung und 52 TEUR für die Zeitschrift.

In den **Verwaltungsaufwendungen** sind vor allem Personalkosten berücksichtigt. Dabei assistieren teilweise Mitarbeiter/innen anderen Mitarbeiter/innen mit Behinderungen in ihrem Arbeitsalltag. Als größter Sachkostenposten sind die Fahrtkosten zu nennen, die für einen bundesweit agierenden

Verband mit mobilitätseingeschränkten Personal überproportional hoch ausfallen.

In den **Werbeaufwendungen** sind vor allem Personalkosten berücksichtigt. Dabei assistieren teilweise Mitarbeiter/innen anderen Mitarbeiter/innen mit Behinderung in ihrem Arbeitsalltag. Als größter Sachkostenposten sind Portoaufwendungen (53 TEUR), Aufwendungen für Broschüren und Kalender (64 TEUR) sowie Mitgliederservice (8 TEUR) enthalten.

Die **sonstigen Aufwendungen** von 118 TEUR betreffen vor allem periodenfremde Aufwendungen, Mieten und Kfz-Kosten.

Der **wirtschaftliche Bereich** betrifft Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft für die Verbandszeitung LEBEN&WEG, Kleinverkäufe und das BSK-Gästehaus.

Im **Finanzbereich** sind zwei Säulen vorhanden: die größere im Bereich der Immobilienverwaltung, die kleinere im Bereich der Geldanlagen. Die Aufwendungen im Immobilienbereich beruhen vor allem auf durch einen Sanierungsstau notwendig gewordenen Instandhaltungen sowie den Abschreibungen auf Gebäude.

Mehrjahresvergleich

	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Mitgliedsbeiträge	89	85	78	82	87	89	100
Förderbeiträge	600	641	623	658	720	793	888
Spenden und Sammelaktionen	257	258	270	243	222	302	260
Miet-/Pachteinnahmen	465	471	466	466	460	434	469
Redaktion LEBEN&WEG	7	8	8	9	9	11	6
Anzeigenerträge	52	36	34	23	15	41	0
Sonstige	0	0	11	10	5	4	2
Personalaufwand 1)	613	573	577	569	611	653	718
Investitionen	44	59	6	53	220	426	103
	2	3	1	2	0	3	25
	42	56	5	51	220	423	78
Abschreibungen	388	458	451	462	477	479	485
	1	2	1	8	10	10	15
	387	456	450	454	467	469	470
Jahresergebnis	78	2	-55	350	121	-60	-187

1) Gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.4.1 Gewährte Zuschüsse

Der BSK e.V. unterstützt seine Tochtergesellschaften bzw. die Untergliederungen, damit sie entweder satzungsgemäß

übertragene Aufgaben ausführen bzw. vor Ort (lokal/regional) im Sinne der Satzung tätig sind.

Dafür gewährt der BSK e.V. entsprechende Zuschussmittel:

Zuschussempfänger	2012	2011	2010	
BSK-Reisen GmbH	27.000,00 €	30.000,00 €* ¹	30.000,00 € *	* Vereinbarung bis 2011; neue Vereinbarung ab 2012
Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem GmbH	0,00 €	0,00 €	30.982,45 €	Zuschuss nach § 84 SGB XII (bis 2010)
Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH	5.000,00 €	Finanzierung des Neubaus abzüglich Pacht		2012: Zweckgebundene Spende für Großküche in „Betreutes Wohnen“
Untergliederungen	28.008,09 € 12.551,24 € 13.832,75 € 0,00 €	22.788,81 € 11.062,00 € 8.450,42 € 0,00 €	40.156,79 € ¹ 8.036,57 € 6.216,46 €	institutionelle Förderung projektbezogene Förderung Ausschüttung Bußgelder für institutionelle Förderung Förderung 2. Bauabschnitt Neubau Erlensee
Untergliederungen gesamt	54.392,08 €	42.301,23 €	54.409,82 €	

¹ In dem Jahr 2010 war die institutionelle und projektbezogene Förderung zusammengefasst. Ab dem Jahr 2011 gilt eine

neue Förderrichtlinie, die die institutionelle und Projektförderung gesondert ausweist.

3.4.2 Erhaltene Zuschüsse

Der BSK e.V. hat im Berichtsjahr folgende Zuschüsse für die Selbsthilfe- und Projektarbeit erhalten:

Zuschussgeber	Betrag	Verwendungszweck
DAK	6.658,39 €	Schulung SÜD „Heilmittelversorgung“
BARMER GEK	7.300,00 €	Schulung NORD „Heilmittelversorgung“
GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe auf Bundesebene	16.000,00 €	Institutionelle Förderung
BMG	8.612,19 €	Bereichsleitertagung „Behindertenselbsthilfe am Scheideweg – Selbsthilfearbeit im 21. Jahrhundert sicherstellen“
Aktion Mensch	785,49 € 4.800,00 € 1.020,81 €	Schulung „Jugendgewinnung“ Reiseassistenz-Workshop 5. Mai Aktion
GlücksSpirale	5.738,00 €	Ratgeberbroschüre ABC Heilmittelrichtlinie
KJP	2.600,00 €	Schulung „Jugendgewinnung“
GESAMT	53.514,88 €	

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.5 Interne Kontrollmechanismen

Um einen reibungslosen und sicheren Arbeitsablauf zu garantieren, stützt sich die operative Arbeit des Bundesvorstands und der Geschäftsstelle auf folgende Grundsätze:

- Einhaltung des 4-Augen-Prinzips
- Stellenbeschreibungen mit klaren Regelungen für Verantwortungs- und Zeichnungsberechtigung, Vertretungsregelung
- Regelmäßiges Controlling (Liquiditätsbetrachtung, Quartalsauswertungen)
- Zeitnahes Mahnverfahren
- Anerkennung der „Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ der BAG SELBSTHILFE e.V. und des FORUMs im PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND durch den BSK und ab 2011 durch den Bundesvorstand
- Anerkennung der Selbstverpflichtungserklärung des Deutschen Spendenrates
- Orientierung an dem Corporate Governance sozial tätiger Unternehmen

3.6 Grundsätze für Finanzanlagen

Für Finanzanlagen gelten beim BSK e.V. hohe Sicherheitsanforderungen. Oberstes Ziel ist die Erhaltung des eingesetzten Kapitals bei einer möglichst ausgewogenen Rendite.

4 AUSBLICK FÜR DAS JAHR 2013

A) Im Bundesverband

1. Jugendarbeit

Die Jugendarbeit im Bundesverband soll nach anfänglichen Erfolgen gezielt vor Ort fortgesetzt werden. Daher hat der Bundesvorstand beschlossen, eine Projektstelle einzurichten.

2. Sozialpolitik und Interessenvertretung

2.1.: Der BSK e.V. bietet für seine Mitglieder und ehrenamtlichen Mitarbeiter Schulungen zu den Themen „Hilfsmittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ und „Dekubitus: Vorbeugen, Erkennen, Handeln“ an. Daneben finden erstmalig Schulungen für neue Untergliederungen, neue Funktionsträger im Ehrenamt und hauptamtliche Mitarbeiter/innen in Krautheim statt, damit ein gegenseitiges Kennenlernen möglich ist.

2.2.: Die BSK-Repräsentanz wird ab Mai 2013 mit einer neuen sozialpolitischen Referentin besetzt, die politische Gespräche mit den Bundestagsparteien und den Kooperationspartnern intensivieren soll. Dabei stehen vor allem die Bundestagswahl im September 2013 und die entsprechenden Wahlprogramme im Fokus.

2.3.: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bleibt weiter ein Aufgabenschwerpunkt des BSK e.V. Der BSK hat für sich selbst auf Basis seiner Selbstverpflichtungserklärung aus dem Jahr 2010 einen Aktionsplan erstellt, der jährlich fortgeschrieben wird.

2.4.: Da Anfang 2013 viele neue Fernbuslinien entstehen, ist es die Aufgabe des BSK, die stufenweise Einführung der Barrierefreiheit in den Jahren 2016 und 2020 zu überwachen. Daneben soll ein Lastenheft für barrierefreie Fernbusse erstellt werden, damit einheitliche Standards gelten.

2.5.: Das Thema „Menschen mit Behinderung in den Medien“ wird auf verschiedenen Veranstaltungen mit Politikern und Medienverantwortlichen diskutiert. Hierzu wird die NRW Medien-Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren zu BSK im Dialog eingeladen. Daneben finden im Rahmen der 5. Mai-Aktion von Aktion-Mensch diese Aktionen statt: eine Umfrage in den Untergliederungen, eine Demonstration vor dem Brandenburger Tor und ein Filmprojekt.

3. Medien und Kommunikation

Der BSK wird wieder auf dem Gemeinschaftsstand der BAG Selbsthilfe auf der REHACARE (Düsseldorf) vertreten sein. Daneben wird er sich auf der IRMA (Internationale Reha- und Mobilitätsmesse) in Bremen und auf der Rehab in Karlsruhe

einem interessierten Fachpublikum präsentieren.

Aufgrund gesetzlicher Änderungen zum Jahresanfang 2013 wird die Broschüre „ABC Pflegeversicherung“ überarbeitet und neu aufgelegt.

4. Zentrale Dienste/ Immobilien

Das BSK-Gästehaus wird mit Hilfe des internationalen Bauordens renoviert und mit Fernsehgeräten und WLAN ausgestattet.

Der Mitarbeiterparkplatz, der durch den Neubau des betreuten Wohnens stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, wird neu gestaltet. In diesem Zusammenhang erneuert die Stadt Krautheim den davor liegenden Gehweg.

Der Günter-Grund-Raum, der baulich in einem sehr schlechten Zustand ist, wird komplett abgerissen. Auf dem Grundstück entstehen neue Parkplätze und eine Grünanlage.



Blick auf das EKWZ aus der Luft

B) In den Tochtergesellschaften

1. Eduard-Knoll-Wohnzentrum (EKWZ)

Das EKWZ erstellt einen eigenen Aktionsplan auf Basis der UN-BRK und der Selbstverpflichtungserklärung des BSK mit dem Ziel, die Durchlässigkeit der verschiedenen Wohnformen in den Vordergrund zu stellen.

2. Hohenloher Integrationsunternehmen (HIU)

Nachdem das HIU im September 2012 gestartet ist, liegt im Jahr 2013 der Schwerpunkt der Arbeit beim Finden geeigneten Personals und beim Aufbau der Wäscherei.

Die Gesellschafter des HIU, das Eduard-Knoll-Wohnzentrum, die Stadt Krautheim, Reha Südwest Karlsruhe und die St. Josefspflege Muldingen werden Norman Weyrosta und Ulf-D. Schwarz im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeit beim EKWZ und BSK e.V. als Geschäftsführer einsetzen.

3. Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfB)

Wie das EKWZ wird auch die WfB einen eigenen Aktionsplan auf Basis der UN-BRK und der BSK-Selbstverpflichtungserklärung erstellen. Hier ist das Ziel, Menschen mit Behinderung verstärkt auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

4. BSK-Reisen GmbH

Die BSK-Reisen GmbH wird neben der REHACARE in Düsseldorf auch auf der IRMA in Bremen und auf der Rehab in Karlsruhe vertreten sein. Wie in jedem Jahr findet der Europäische Reiseassistenten-Workshop zum Thema barrierefreie Reisen in Krautheim statt.

C) In den Landesverbänden/Landesvertretungen

Zu Beginn des Jahres 2013 wird es bei den Landesvertretungen einige personelle Veränderungen geben. In Hessen wird Lothar Kempf die Leitung übernehmen.

Nach der Trennung von Berlin und Brandenburg wird Michael Wolter die Leitung der Landesvertretung Brandenburg übernehmen.

Mit Thomas Harms und Erhard Hentschel wird Niedersachsen in Zukunft durch einen neuen Leiter und einen erfahrenen Stellvertreter geleitet.

Im Jahr 2013 wird folgendes Jubiläum gefeiert:

- BSK-Bereich Hanau/Gelnhausen 40 Jahre



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

Impressum

Herausgeber:
Bundesverband Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.
Postfach 20, 74236 Krautheim
Telefon: 06294 4281-0
Fax: 06294 4281-79
info@bsk-ev.org, www.bsk-ev.org

Redaktion:
Denise K. Hartmann, Uli Mannsbart,
Isabella Savic, Chiara Stammer,
Ulf-D. Schwarz

Layout:
Christine Großkinsky
www.gestalterei.net

Titelfoto: BSK-Archiv
Fotos Innenteil: BSK-Archiv

Bildrechte:
Wappen istockphoto.com
Druck:
Flyeralarm, Würzburg

Stand:
Juli 2013

Spendenkonto
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 7 702 100
BLZ: 601 205 00
BIC: BFSWDE33STG
IBAN: DE76 6012 0500 0007 7021 00



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.